

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

10

IX. Jahrgang

Frankfurt, Oktober 1969

Einzelpreis 0,75 DM

2 S 21 395 E

22. JUN 1970
BIBLIOTHEK

Mit der voraussichtlichen Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler am 21. Oktober 1969 wäre die Regierungskoalition aus SPD und FDP perfekt. Damit wäre dann die längst fällige Verdrängung der CDU/CSU von der Regierungsgewalt in Bonn vollzogen und die Möglichkeit für einen neuen, realistischen und volksnahen Kurs der Politik gegeben. Werden SPD und FDP diese Chance nützen? Die diesbezüglichen Erwartungen im Volke, vor allem seitens der Arbeiterschaft, sind groß.

Der IG-Metall-Vorsitzende, Otto Brenner, apostrophiert in der Gewerkschaftszeitung „Metall“ vom 14. 10. 1969 die neue Regierungskonstellation in Bonn mit viel Vorschußvertrauen als „Koalition des Fortschritts“. Die Gewerkschaften würden ihr die vor der Wahl erhobenen Forderungen jetzt nicht erlassen. Und der DGB erklärte nach der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundesausschuß am 7. und 8. Oktober in Düsseldorf: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund erwartet von der neuen Bundesregierung die Lösung der großen gesellschaftspolitischen Fragen unserer Zeit.“ Man werde die Regierung an ihren Handlungen messen, sagte der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter.

Die Kriterien einer realistischen und fortschrittlichen Politik sind vor den Politikern und Parteien seit Jahren wie an einer Perlenschnur aufgereiht: Friedenspolitik durch Verzicht auf Grenzrevisionen und Anerkennung der Ergebnisse des 2. Weltkrieges; völkerrechtliche Anerkennung der DDR und Verzicht auf den Alleinvertragsanspruch; konstruktive Teilnahme an einer europäischen Sicherheitskonferenz; Unterzeichnung des

Jetzt den Kurswechsel vollziehen!

Atomwaffensperrvertrages. Im Innern bedeutet fortschrittliche Politik eine drastische Reduzierung der Rüstungsausgaben zu Gunsten der Realisierung dringender Sozial- und Bildungsaufgaben. Unverzüglich ist die unter der CDU/CSU-Herrschaft forcierte Rechtsentwicklung und Entdemokratisierung zu stoppen, das heißt Auflösung bzw. Verbot der NPD, Annullierung der Notstandsgesetze und Demokratisierung des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens.

Aber schon beunruhigt die Gewerkschafter die Tatsache, daß die SPD gegenüber ihrem neuen Koalitionspartner, der FDP, ebenso auf die Behandlung der paritätischen Mitbestimmung in der 6. Legislaturperiode zu verzichten gedenkt wie vorher in der 5. Legislaturperiode gegenüber der CDU/CSU. Zwar ist die dringend erforderliche Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes in Aussicht genommen, aber das Kernstück, die paritätische Mitbestimmung als Mittel zur Einleitung einer gesellschaftlichen Veränderung, soll geopfert werden. Der DGB und die Gewerkschaften haben, allen Gerüchten über ein Stillhalteabkommen in dieser Frage zum Trotz, mit Nachdruck die Mitbestimmungsforderung gegenüber der kommenden Regierung und dem Parlament unterstrichen. Tatsächlich könnte den Monopolen und Konzernen nichts Besseres passieren als eine Bonner „Wachablösung“, die ihre Allmacht ungeschmälert läßt oder gar noch effektiver macht.

Es liegt auf der Hand, daß mit der Installierung einer SPD-geführten Regierung in Bonn, die Aufgabe der Gewerkschaften, treibende Kraft für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt zu sein, nicht geringer geworden ist. Die Wahrnehmung der Interessen der werktätigen Bevölkerung könnte unter den neuen Bedingungen sogar noch komplizierter werden.

■ Zum Ergebnis der Bundestagswahl . . .	2
20 Jahre DDR	3
Friedenstreffen der Gewerkschaften	3
■ September-Streiks und ihre Lehren	4
Erfolg der Stahl- und Bergarbeiter	6
Weitere Berichte über Tariffbewegung	7—9
■ Kein „Aufschwung nach Maß“	10
Hoch-höher-Hoehst	11
20 Jahre DGB	13
■ DM-Aufwertung und was dann?	15

Nur Märchen?

Nichts ist interessanter, als nach der Wahl beim Aufräumen sich noch einmal die Wahlversprechungen der Parteien zu Gemüte zu führen: Beispielsweise die großen Wahlanzeigen der SPD — aneinandergereiht ein wunderschönes Bilderbuch.

Da verspricht Professor Schiller eine blühende Wirtschaft ohne Krise bei ständigem Wachstum und stabilen Preisen. Auf der nächsten Seite des Wahlbilderbuches handelt es sich um Bildung für alle sowie wirtschaftlichen und technischen Fortschritt. Und dann auf den folgenden Seiten: Förderung des Wohnungsbaus, reine Luft, sauberes Wasser, Strahlenschutz, ein besseres Leben für die Alten, Volksversicherung — wie gehabt.

Das alles kostet viel Geld, wäre aber durchaus möglich bei radikaler Senkung der Rüstungskosten und stärkerer Besteuerung der Konzerne und Monopole. Leider fehlt diese Seite in dem Wahlbilderbuch der SPD. Und so ist zu befürchten, daß das Bilderbuch ein Märchenbuch bleibt. okulus

Ergebnis der Bundestagswahl

CDU/CSU von der Regierungsführung verdrängt SPD muß politische Kursänderung vollziehen

Für die Arbeiter und Angestellten, die Gewerkschaften, für alle Demokraten zwingt das Ergebnis der Bundestagswahlen zu ernstem Nachdenken. Haben die Wahlen einen Fortschritt gebracht oder ist alles beim alten geblieben? Ein Resultat ist, unabhängig von allen zahlenmäßigen Ergebnissen, unverkennbar: die Arbeiterschaft, breitere demokratische Volksschichten sind selbstbewußter und aktiver geworden.

Eine Hauptaufgabe im Wahlkampf bestand darin, die Rechtsentwicklung abzustoppen und deren schärfste Erscheinungsform, den Neonazismus, zu schlagen. Wenn man sich vor Augen führt, daß die CDU/CSU die NPD reinzuwaschen versuchte und die Polizei für die NPD Wahlhilfe leistete, so ist die breite Volksbewegung gegen den Neonazismus, die Behinderung und Verhinderung von Kundgebungen der Neonazis, die direkte Unterbindung der agitatorischen Volksverhetzung um so höher zu bewerten.

Die neonazistische NPD hat aber gegenüber den letzten Bundestagswahlen ihren Stimmenanteil verdoppeln können. Das ist ein Warnzeichen. Der Neonazismus wuchert weiter und bleibt im Rahmen der reaktionären aggressiven Rechtspolitik — die in der CDU/CSU fest verankert ist — eine Bedrohung jeder demokratischen Politik. Weiterhin gilt das Wort: der Feind steht rechts. Daß die Neonazis nicht in den Bundestag einziehen konnten, ist das Verdienst der aktiven Demokraten, der Kommunisten, der Sozialdemokraten, der Gewerkschafter und jungen Menschen, die nicht den Beschwichtigungsparolen der Bonner Parteien folgten, sondern trotz Polizeiterrord den Neonazis mutig entgegentraten. Zu dieser positiven Bewegung haben die in der Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) zusammengeschlossenen Kräfte wesentlich beigetragen.

Die ADF vermochte nicht, trotz aktiven Einsatzes und ihres großen Beitrages für die Politisierung breiter Schichten im Wahlkampf und der Darlegung eines echten Alternativprogramms zur Politik der Großen Koalition, nennenswerte Wählerschichten zur Stimmabgabe für sich zu bewegen. Das erklärt sich aus dem massiv gegen die ADF mobilisierten Antikommunismus; mag er auch töricht sein, trübt er dennoch die klare Sicht vieler Menschen für die wirklichen Verhältnisse. Eine weitere Ursache ist das manipulierte Wahlsystem, das es den Bonner Parteien erleichterte, vielen potentiellen Wählern der in der ADF zusammengeschlossenen Gruppen zu suggerieren, eine Stimmabgabe für die ADF falle nicht ins Gewicht und es sei günstiger, eine andere Partei, etwa die SPD, zu wählen. Nichtsdestoweniger muß klar gesehen wer-

den, daß der Wahlkampf und die daraus entstandene Lage ohne die ADF nicht denkbar sind.

Auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes ist — überraschend für die Regierung, die CDU/CSU, aber auch für Führer der SPD — die stärkste gesellschaftliche Kraft der Bundesrepublik, die Arbeiterschaft, selbständig auf den Plan getreten und hat in kraftvollen Streikaktionen eigene soziale Forderungen durchgesetzt. Die Streiks brachten Millionen Arbeiter und Angestellte in Bewegung, die mit Hilfe der Gewerkschaften höhere Löhne, längeren Urlaub und andere Verbesserungen erzielen konnten. Das miten im Wahlkampf durchgesetzt bzw. begonnen zu haben, im vollen Gegensatz zur Forderung aller reaktionären Kräfte, „Ruhe an der sozialen Front“ zu wahren, zeigt, daß die Arbeiter und Angestellten beginnen, sich auf ihre Klassenkraft zu besinnen und als eigener selbständiger Faktor in der Politik Erfolge erringen können.

Diese beiden Bewegungen, die demokratische Front gegen die Neonazis und die selbständigen Aktionen der Arbeiter und Angestellten, sind neue Momente im politischen Leben der Bundesrepublik und werden sicher künftig die Entwicklung in unserem Lande stärker als bisher beeinflussen. Es darf aber keinesfalls übersehen werden, daß die CDU/CSU sich in der Zeit der Regierung der Großen Koalition stabilisieren und festigen konnte. Von dieser Partei, die als die direkte Vertretung des Monopolkapitals bezeichnet werden muß, droht die Hauptgefahr einer weiteren Rechtsentwicklung.

Die SPD hat beachtlich an Stimmen gewonnen. In den wichtigsten industriellen Zentren ist sie die stärkste Partei. Eindeutig hat die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung der SPD die Stimme gegeben. Sicher haben sich viele Millionen Wähler für die SPD entschieden, damit die SPD-Führung ihre Zusammenarbeit mit der CDU/CSU beendet und einen eigenen Kurs steuert, der sich an den Interessen des arbeitenden Volkes orientiert.

Im Ergebnis der Wahlen ist eine günstigere Lage entstanden, die 20jährige Regierungsführung der CDU/CSU zu beenden. Eine Regierung aus SPD-

und FDP-Ministern soll gebildet werden. Auch wir sind der Meinung, daß diese Koalition für eine Kursänderung in der Politik der Bundesrepublik Vorteile bringen könnte. Diese Regierung steht von Anfang an vor der Notwendigkeit, sich gegen die CDU/CSU zu behaupten. In dieser Lage wird es noch deutlicher, daß die von der SPD geführte Regierung gegen die CDU/CSU mit einem echten Alternativprogramm auftreten muß. Programmpunkte eines solchen Alternativprogramms sollten unter anderem für die Innenpolitik sein:

- Mitbestimmung, um die maßlose Profitwirtschaft der Monopole einzuschränken und um eine Wirtschaftspolitik zu ermöglichen, die den Bedürfnissen des Volkes entspricht;

- Sicherung der Demokratie, das heißt Auflösung der NPD und aktiver Kampf gegen alle reaktionären Kräfte, die das Grundgesetz ausgehöhlt haben und die demokratischen Rechte beseitigen wollen;

- Bildung und sozialer Fortschritt, als unabdingbare Richtschnur auf allen Ebenen der staatlichen Politik.

Wichtige Programmpunkte für die Außenpolitik könnten sein:

- Anerkennung der DDR und damit Sicherung des Friedens in Deutschland;

- europäische Sicherheitskonferenz, um die Militärblöcke in Europa durch ein gemeinsames Sicherheitssystem der sozialistischen und kapitalistischen Staaten zu ersetzen;

- Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages, Anerkennung der Grenzen in Europa und wesentliche Herabsetzung der Rüstungsausgaben als Beitrag der Bundesrepublik für die Entspannung in Europa.

Eine Regierung der SPD/FDP mit solchen Zielen könnte sich nicht nur auf die Mehrheit dieser Parteien im Bundestag stützen, sondern auch auf die aktiven demokratischen Kräfte, die im Wahlkampf dem Neonazismus einen Dämpfer gaben und gegen das Monopolkapital soziale Fortschritte durchsetzten.

Die Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten sollten sich darüber klar sein, daß die sozialen und politischen Kämpfe in der Bundesrepublik schnell an Schärfe zunehmen werden. Die Arbeiter und Angestellten werden gut daran tun, die im Kampf um soziale Forderungen und in der Bewegung gegen den Neonazismus gewonnene Einheit zu erhalten und weiter zu festigen. In dieser Einheit und der Entschlossenheit, um die Forderungen des werktätigen Volkes zu kämpfen, liegt die einzige Gewähr, um in der Bundesrepublik einen neuen demokratischen Kurs durchzusetzen.

Josef Ledwohn

Am 7. Oktober feierte die Deutsche Demokratische Republik den 20. Jahrestag ihrer Gründung. Die Bilanz der zwanzigjährigen Entwicklung ist positiv. Bei wesentlich ungünstigeren Ausgangspositionen wurde in der DDR bewiesen, daß die politisch geeinte Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten ohne Großkapital Staat und Wirtschaft leiten sowie ihren Bürgern soziale Sicherheit für heute und morgen garantieren kann.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik, wo nach 1945 die alten monopolkapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse wiederentstanden, wurde in der DDR die Herrschaft der Konzern- und Bankherren überwunden und eine neue, sozialistische Ordnung errichtet, wofür die deutsche Arbeiterbewegung jahrzehntelang gekämpft und große Opfer gebracht hat. In der DDR wird gegenwärtig die wissenschaftlich-technische Revolution im Interesse der Menschen gemeistert, wurde das Bildungswesen umgestaltet und auch auf sozialem Gebiet Beispielhaftes geschaffen. Das wird selbst von offizieller Seite in der Bundesrepublik nicht mehr bestritten.

Mit der Existenz und dem Erstarken der DDR hat sich in Deutschland das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Großkapital, zwischen Fortschritt und Reaktion zugunsten der arbeitenden Menschen geändert. Das Beispiel der DDR hilft objektiv den Gewerkschaften der Bundesrepublik, ihre eigenen Forderungen im Kampf gegen das spätkapitalistische System zu verwirklichen. Allerdings hindert sie der Antikommunismus, davon bewußt Gebrauch zu machen. Dennoch oder gerade darum steht heute vor den Gewerkschaften die Aufgabe, von der neuen Bundesregierung zu verlangen, die DDR ohne Wenn und Aber völkerrechtlich anzuerkennen und selbst offizielle Beziehungen zum FDGB aufzunehmen.

Der 20. Jahrestag sollte für den DGB Anlaß sein, die Frage der Beziehungen zum FDGB neu zu überlegen und den Auftrag des 8. DGB-Bundeskongresses zur Prüfung der Kontaktmöglichkeiten positiv zu entscheiden. Für die Arbeiter und Angestellten kann es nur von Vorteil sein, wenn sich die Gewerkschaften beider deutscher Staaten über gemeinsam interessierende Fragen verständigen. Der FDGB ist dazu bereit, wie aus den Worten seines stellvertretenden Vorsitzenden, Rolf Berger, in einer Rede während der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag hervorging: „Der FDGB hat seit jeher im Interesse der gemeinsamen Zukunft der deutschen Arbeiterklasse seine Bereitschaft bekundet, sich mit dem DGB zu verständigen und mit ihm zusammenzuarbeiten.“ Pet.

DGB von sozialistischen Gewerkschaften eingeladen Es geht um den Beitrag zur Friedenssicherung

Der Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik nahm Anfang September in Wiesbaden einen Initiativantrag an, in dem der DGB-Bundesvorstand aufgefordert wurde, einem von den Gewerkschaftsbünden Bulgariens, der CSSR, Polens, Rumäniens, der UdSSR, Ungarns und der DDR unterbreiteten Vorschlag zuzustimmen, auf einer gemeinsamen Beratung nach Mitteln und Wegen zur Sicherung des Friedens in Europa und der Welt zu suchen. Erstmals hatte der DGB-Vorsitzende Vetter auf einer Veranstaltung zum Antikriegstag am 1. September in Mainz der Öffentlichkeit Kenntnis von der Existenz dieses Briefes gegeben. Vetter versicherte, daß der DGB und seine Gewerkschaften die in dem Brief gemachten Vorschläge ernsthaft prüfen würden.

In dem Schreiben, dessen Inhalt bisher nicht veröffentlicht worden ist, gehen die unterzeichneten Gewerkschaften davon aus, daß 30 Jahre nach dem Hitler-Krieg die Friedensaussichten und die Sicherheit der Völker in Europa weiterhin ein offenes Problem geblieben seien. Ohne die Gefahr neuer kriegsähnlicher Konflikte in Europa zu übertreiben, heißt es dann weiter, gäbe es viele Anzeichen, die darauf hindeuten, daß in Europa und in der Welt Kräfte daran interessiert seien, Spannungen hervorzurufen und Konfliktherde zu unterhalten. Wörtlich heißt es u. a. in dem Brief:

„Solche Gefahren birgt vor allem die Haltung derjenigen Kreise in der deutschen Bundesrepublik, die bis zum heutigen Tage nicht auf die Absicht verzichten haben, die Folgen des Sieges der Völker über den Faschismus Hitlers zu zunichte zu machen... Das Treiben dieser Kräfte ist die Quelle der Spannungen und Unruhen im Herzen unseres Kontinents. Gleichzeitig besteht die reale Möglichkeit, in gemeinsamer Anstrengung aller Friedenskräfte in Europa und mit Anteilnahme der deutschen Gewerkschaften den Frieden Europas im Interesse des Kontinents zu sichern.“

Eine der Grundbedingungen der friedlichen Entwicklung und der Festigung der Sicherheit Europas ist die Anerkennung und die Unantastbarkeit der in Europa bestehenden Grenzen mit Einschluß der Oder/Neiße-Grenze und der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten, der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, die Anerkennung — im Einklang mit dem Völkerrecht — der Tatsache des Bestehens zweier deutscher Staaten, die Achtung der Gleichheit der Rechte und Unabhängigkeit der Völker.

In grundsätzlichen Angelegenheiten von Krieg und Frieden kann man keine Ausflüchte machen oder sich der Anerkennung eines bestimmten und klaren Standpunktes entziehen, wenn man aufrichtig die Spannungen liquidieren will, und die Sicherung des Friedens sowie die Schaffung kon-

struktiver Bedingungen zur Zusammenarbeit der Völker wünscht. Wir sind der Ansicht, daß die Normalisierung der Verhältnisse zwischen allen Gewerkschaften unseres Kontinents, die in verschiedenen sozialen Ordnungen wirken und verschiedenen internationalen Gewerkschaftszentralen angehören, für den Frieden Europas große Bedeutung hat.

Die Entwicklung der Ereignisse in der Nachkriegswelt hat unwiderleglich bewiesen, daß der in manchen gewerkschaftlichen Kreisen angenommene Antikommunismus ein Überbleibsel aus der Zeit des kalten Krieges ist. Wenn in der gegenwärtigen Lage noch manche Landeszentralen zu solcher Haltung neigen, so hilft dies der europäischen Gewerkschaftsbewegung nicht, im Gegenteil: Es nimmt ihr die Möglichkeit, wirkungsvollen Einfluß auf die Entwicklung der internationalen Lage im Sinne der Entspannung und der Festigung des friedlichen Nebeneinanderlebens im Interesse der arbeitenden Menschen auszuüben.“

Von diesen Tatsachen ausgehend wenden sich die Gewerkschaftszentralen der sozialistischen Länder, die mehr als 110 Millionen Mitglieder vertreten, an die „Vertreter aller europäischen Gewerkschaftszentralen, sich an einen Tisch zu setzen, an dem sie ohne jegliche Diskriminierung bei gleichen Rechten und ohne jegliche Vorbedingungen die Schlüsselprobleme, von deren Lösung die Zukunft der europäischen Gewerkschaftsbewegung und die Zukunft unseres Kontinents abhängen...“ beraten können. Dieses Schreiben, daß die Gewerkschaftsvorstände der sieben sozialistischen Länder aus der polnischen Hauptstadt Warschau an ihre Kollegen in Westeuropa gerichtet haben, verdient gewiß die sorgfältige Prüfung, die der DGB-Bundesvorstand angekündigt hat. Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik sollten sich aber bald auf der Grundlage der in dem Brief formulierten Vorschläge für eine gesamteuropäische Gewerkschaftskonferenz entscheiden. H. S.

Lehren der September-Streiks

Rückkehr zur aktiven Tarifpolitik notwendig Arbeiterschaft hat an Selbstbewußtsein gewonnen

Auf der zur Hoesch-AG gehörenden Westfalen-Hütte in Dortmund hat es begonnen: Am 2. und 3. September trat die gesamte Belegschaft spontan in den Streik und erzwang die außerplanmäßige Erhöhung der Löhne und Gehälter. Während des ganzen Monats September erfaßten immer neue Streiks weite Bereiche der Wirtschaft: die Eisen- und Stahlindustrie, den Steinkohlenbergbau, die Metallverarbeitung, die Textilindustrie, den öffentlichen Dienst. In jedem Falle ging es um materielle Verbesserungen weit vor Ablauf der gültigen Tarifverträge. Das ist eine neue sozial- und gesellschaftspolitische Erscheinung in der Bundesrepublik, die für die Gewerkschaftspolitik viele grundsätzliche Fragen aufwirft.

Der Vorsitzende des DGB, Heinz Oskar Vetter, forderte die Gewerkschaften auf, gründlich nach den Ursachen der spontanen Streiks zu forschen und die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. „Ohne sich selbst zu bemitleiden oder sich an die Brust zu schlagen, werden die Gewerkschaften untersuchen, was zu den Streiks führte, was sie selbst falsch machten und welche Konsequenzen zu ziehen sind.“ („Welt der Arbeit“, Nr. 39 vom 26. 9. 1969). Diese „Explosivität“, erklärte Vetter an anderer Stelle, habe man bislang in der Bundesrepublik nicht gekannt.

Die Krise 1966/67 sei die Stunde der Unternehmer gewesen, die rücksichtslos die Effektivverdienste kürzten und in der Periode der Hochkonjunktur nicht bereit waren, den von ihnen versprochenen Wechsel auf die sogenannte soziale Symmetrie einzulösen. Die Arbeiter und Angestellten hätten erleben müssen, wie die Produktion neue Rekorde erreichte, wie infolge der Rationalisierung aus der verminderten Belegschaft Höchstleistungen herausgepreßt wurden, wie die Unternehmer die Marktchancen rücksichtslos ausnutzten und die Preise sprunghaft erhöhten. Löhne und Gehälter aber seien demgegenüber weit zurückgeblieben.

Erste Warnungen im Sommer

Die Arbeiter und Angestellten waren nicht bereit, diesen Zustand länger hinzunehmen. Dabei erkannten sie sehr genau, daß sich die Unternehmer sowie Regierung und Parteien der Großen Koalition in der Vorwahlperiode in einer besonders schwachen Situation befanden. Der Vorsitzende des DGB stellte fest, daß sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten im Besitz dieser Erkenntnis „nicht mehr mit Vertröstungen auf eine nahe oder ferne, auf jeden Fall aber ungewisse Zukunft“ begnügen. „Sie wollen frische Butter auf's Brot, wenn sie sehen, daß genügend Butter da ist.“

Schon im Sommer machte sich die zunehmende Erbitterung der Arbeiter und Angestellten bemerkbar. Kurzstreiks und andere Protestaktionen

kündigten das heraufziehende Gewitter an. Aber die Unternehmer glaubten, beharrend auf ihrem Herr-im-Hause-Standpunkt, auch weiterhin die Riesenprofite des Konjunkturbooms allein einstreichen zu können. Die Arbeiter und Angestellten aber waren entschlossen, wenn die Konjunktur schon so überheiß ist, sich zumindest die Hände daran zu wärmen und einen kräftigen Schluck aus der übervollen Profitpulle zu nehmen. **Hinzu kam, daß die Gewerkschaften in ihrem hauptsächlichen Bereich, der Lohn- und Tarifpolitik, die vorhandenen Möglichkeiten nicht ausnutzten und ernste Versäumnisse zuließen.**

Das Faß lief über

In der Eisen- und Stahlindustrie waren vor der Krise am 1. 2. 1965 die Löhne um 7,5 Prozent und die Gehälter um 8,5 Prozent erhöht worden. Nach Ausbruch der Krise wurde 1966 das Lohn- und Gehaltsabkommen bis zum 31. Januar 1967 verlängert. 1967 wurden durch das Abkommen von Kettwig die tariflichen Ecklöhne zwar erhöht, aber im Tarifvertrag ist ausdrücklich vermerkt worden, daß die Tarifvertragsparteien damit eine Auswirkung auf die Effektivverdienste nicht verbinden wollen. Im Sommer 1968, als die Produktion bereits auf vollen Touren lief, wurde für die Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens eine Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 5 Prozent vereinbart, eine weitere Erhöhung ab 1. 3. 1969 um lediglich 2 Prozent.

Nicht anders sah es im Bergbau aus, wo 1968 nach einer mehr als zweijährigen Tarifpause eine Lohnerhöhung von 5,5 Prozent vereinbart wurde, mit einer Laufzeit des Tarifvertrages von 18 Monaten bis Ende 1969.

In einer solchen Situation bedurfte es lediglich eines Tropfens, um das sprichwörtliche Faß der Unzufriedenheit zum Überlaufen zu bringen. Auf der Westfalen-Hütte Dortmund waren die Arbeiter nicht mehr bereit, die nach dem Zusammenschluß mit der Dortmund-Hörder-Hütten-Union offen-

sichtlich gewordenen Lohndifferenzen zu den anderen Werken des Konzerns weiter hinzunehmen. In der Kloeckner-Hütte in Bremen waren im Verlauf der letzten Jahre die betrieblichen Zulagen von 30 auf 11,5 Prozent abgebaut worden. Die vergleichbaren Löhne lagen unter denen anderer Kloeckner-Betriebe wie in Osnabrück und in Haspe. Im Neunkirchner Eisenwerk war nicht nur das Weihnachtsgeld gegenüber 1965 um 30 Prozent gekürzt worden, sondern auch innerhalb des Unternehmens war das Lohngefüge nicht in Ordnung, und besonders die Arbeiter des Walzwerkes Süd waren benachteiligt. Die effektiven Verdienste im Saarbergbau lagen erheblich hinter denen des Ruhrbergbaus zurück.

Die streikenden Arbeiter wandten die verschiedensten Aktionsformen an, die die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung entwickelt hat. Sie verbanden die Streiks mit Demonstrationen und Kundgebungen, um die übrige Bevölkerung und die Arbeiter und Angestellten anderer Werke und Industriezweige auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen. In den meisten Betrieben wurden die Streiks in Form einer faktischen Betriebsbesetzung durchgeführt. Die Arbeiter erschienen bei Arbeitsbeginn zur Arbeit. Sie zogen sich um, stempelten, um sich dann an den zentralen Treffpunkten zu versammeln und zu beraten, welche weiteren Schritte gegangen werden müssen.

Die Streikfront war besonders dort fest, wo die Kolleginnen und Kollegen alle Probleme demokratisch entschieden. Im Neunkirchner Eisenwerk und auch bei den Klöckner-Werken in Bremen besetzten die Arbeiter den Mischer, weil sie wußten, damit eine starke Waffe gegen die starre Haltung der Unternehmer in die Hand zu bekommen.

Verleumdung von allen Seiten

Diese geschlossene, solidarische Kampffront der Arbeiter und Angestellten rief sofort die Verleumdungsmaschinerie der Unternehmerverbände auf den Plan, die auf Hochtouren und mit allen Mitteln und Einflußmöglichkeiten arbeitete. Eine besondere Diffamierungsmethode von Regierung, Parteien und Massenmedien bestand darin, die Streiks als „Machenschaften kommunistischer Elemente“ hinzustellen. Innenminister Benda schrieb in der „Welt“, er habe Anhaltspunkte, daß linksradikale Kräfte den Streik ausgelöst hätten, und CDU-Generalsekretär Heck verstieg sich im Zweiten Deutschen Fernsehen zu der Behauptung, die „wilden Streiks“ seien von linksradikalen Gruppen in den Betrieben, angefangen bei Hoesch, inszeniert worden.

Die Unternehmerverbände und ihre Presse ritten die heftigsten Attacken

gegen den DGB-Vorsitzenden Vetter, der die Angriffe auf die Arbeiter und Angestellten zurückwies und erklärte, daß die Streiks nicht „wild“, sondern disziplinierte Arbeitsniederlegungen seien. In „Der Arbeitgeber“ (19. 9. 1969) verurteilte der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung, Hermann Franke, dieses Auftreten Vetters, und die „Welt“ warf ihm gar vor: „So ruiniert man die Republik.“ Die ihn so attackierten, übersahen dabei, offenbar mit Absicht, daß auch er andererseits nicht versäumte, Hiebe gegen die „Linken“ auszuteilen, die bei den Streiks im Trüben gefischt hätten. Der „Arbeitgeber“ stellt Vetter „verantwortungsbewußte Vertreter der Gewerkschaften“ gegenüber. Verantwortungsbewußt in den Augen der Unternehmerverbände waren natürlich diejenigen Gewerkschaftsfunktionäre, die in der Streikbewegung eine zwiespältige Haltung und oft noch mehr als das einnahmen. Unter einseitiger Hervorhebung der aus den Tarifverträgen resultierenden Friedenspflicht riefen solche Funktionäre die Arbeiter dazu auf, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Klunker solidarisierte sich

Niemand erwartete, daß sich die Gewerkschaften an die Spitze dieser Aktionen stellen und in das offene Messer der Unternehmer laufen sollten. Aber Heinz Klunker, Vorsitzender der Gewerkschaft OTV, hat z. B. einen Weg gefunden, sich praktisch mit den Arbeitern im öffentlichen Dienst zu solidarisieren, indem er jegliche Verantwortung für die sich aus der ablehnenden Haltung der Unternehmer ergebenden Folgen ablehnte und damit die Sympathien der Arbeiter, Angestellten und Beamten für die Gewerkschaften gewann.

Einige führende Gewerkschafter zeigten Überraschung und Unverständnis, daß die Arbeiter und Angestellten, auf ihre Kraft vertrauend, selbstbewußt den Unternehmern und ihren Verbänden gegenübertraten und ihre Forderungen durchsetzten. Viele konnten auch nicht begreifen, daß die Kritik, die die Arbeiter und Angestellten an bestimmten Praktiken der Gewerkschaftspolitik übten, mit dem Ziel erfolgte, die Gewerkschaft zu befähigen, aus dieser Kritik schnell die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen, um die Gewerkschaftsbewegung zu stärken.

Besonders große Schwierigkeiten hatte dabei der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie, der ebenso wie die Unternehmer von „wildem“ Streiks redete. In der Sonderausgabe des IGBE-Organs „Einheit“ vom 10. 9. 1969 behauptet er, daß sogenannte „wilde“ Streiks unter dem Strich weder denen nützten, die sie machten, noch die Gewerkschaften in ihrer Verhandlungsposition gegenüber den Unternehmern stärken würden. **Jedem, der Augen hatte zu sehen, konnte es indessen un-**

Okttober — Jugendmonat der IG Metall

Die Industriegewerkschaft Metall hat am 1. Oktober 1969 ihren traditionellen Jugendmonat eröffnet, mit dem die Winterarbeit der IG-Metall-Jugend in den Verwaltungsstellen und Betrieben beginnt. In diesem Jahr steht unter dem politischen Motto: „Bildung — Mitbestimmung — Demokratisierung“. Wie die Gewerkschaft auf einer Pressekonferenz in Frankfurt/Main mitteilte, soll im Vordergrund der Jugendarbeit in den kommenden Wochen und Monaten die berufliche Bildung stehen.

Das für Jugendarbeit und Berufsbildung zuständige Vorstandsmitglied, Georg Benz, kritisierte das am 1. September in Kraft getretene Berufsbildungsgesetz als völlig unzureichend. Es entspreche nicht einmal den von den Gewerkschaften vor einem halben Jahrhundert formulierten Vorstellungen geschweige denn den Notwendigkeiten einer hochentwickelten Industriegesellschaft. Die IG Metall fordert

als vorrangige Aufgabe die Verbesserung dieses Gesetzes durch eine Novellierung.

Vom neugewählten Bundestag erwartet die Jugend der IG Metall nach den Worten von Benz u. a. die Einführung des Bildungsurlaubs, die stufenweise Herabsetzung der Wehrpflicht, eine Ausdehnung der Rechte der arbeitenden Jugend durch eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes sowie die Herabsetzung des Wahlalters. Von der Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung war nicht die Rede. Schließlich forderte Benz im Namen der Metall-Jugend die neu zu bildende Regierung auf, die Initiative zum Verbot der neonazistischen NPD zu ergreifen.

Außer der verstärkten Werbung neuer jugendlicher Mitglieder wird der Jugendmonat 1969 mit einer Reihe öffentlicher Veranstaltungen ausgefüllt sein. Für den kulturellen Teil hat der Vorstand der IG Metall u. a. das Frankfurter Theater am Turm und das Rostocker Volkstheater verpflichtet sowie eine Folklore-Gruppe der israelischen Gewerkschaftsjugend.

schwer entgangen sein, daß die Streikaktionen der Arbeiter und Angestellten die Positionen der Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen objektiv stärkten. Ohne die Streiks wäre es nicht möglich gewesen, so positive Ergebnisse zu erzielen, wie sie bei den Tarifverhandlungen dann herausgekommen sind.

Vetter erklärte, daß die Streikenden keine andere Form des Ausdrucks für ihr Begehren finden konnten. Im Grunde seien diese Ausstände organisierte Arbeitsniederlegungen neben der Organisation mit den Mitteln der Organisation gewesen („Handelsblatt“, 20. 9. 1969). Vetter fürchtet nicht das in den Aktionen gewachsene Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten; er will es jetzt in die Organisation zurückführen, um „dort zu wirken und das neue Gesicht der Gewerkschaften zu prägen“.

Irritierte IG Metall

Auch der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, hat bis jetzt offensichtlich noch nicht den genügenden Abstand gewonnen, um, wie Vetter es forderte, wirklich gründlich nach den Ursachen forschen und Schlüsse ziehen zu können. Brenner behauptet, daß es einfach nicht wahr sei, wenn der Eindruck erweckt werde, als habe die IG Metall ihre Tarifpolitik in der jüngsten Vergangenheit nicht mehr auf Grund eigener Entscheidungen, sondern infolge von Festlegungen durch die konzertierte Aktion betrieben. Eine Woche zuvor hatte der Vorsitzende des DGB in einem Interview mit

dem „Spiegel“ erklärt, daß die Gewerkschaften deshalb bereit waren, lange Laufzeiten der Tarifverträge in Kauf zu nehmen, weil sie Schillers neuer Wirtschaftspolitik und seinen Versprechungen vertrauten, die soziale Symmetrie zwischen Löhnen und Gewinnen zu wahren. „Darauf basierte das Vertrauen unserer Lohnpolitik.“

Der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Karl Hauenschild, kam in einem Interview mit dem „Volkswirt“ zu dem Schluß; daß die spontanen Streiks das Ergebnis der Tatsache sind, daß die Tarifpolitik nicht so aktiv gewesen und der wirtschaftlichen Entwicklung nicht gefolgt ist. Weiterhin verweist er auf die viel zu langen Laufzeiten der Verträge.

Die Septemberstreiks, die in der Stahlindustrie, im Bergbau und in anderen Bereichen zu beträchtlichen Lohnerhöhungen führten, haben das Selbstbewußtsein der Arbeiter und Angestellten gestärkt. Die Gewerkschaften werden dort ernsthafte Schlußfolgerungen ziehen müssen, wo ihnen gegenüber ein Vertrauensschwund eingetreten ist.

Besondere Bedeutung wird der Praktizierung der aktiven Lohnpolitik zukommen und hier wiederum der aktiven Einbeziehung der Gewerkschaftsmitglieder in die gesamte Lohnbewegung, von der Aufstellung der Forderung bis hin zum Abschluß des Tarifvertrages. Ohne Befreiung aus den Fesseln der konzertierte Aktion und eine eigene, allein von den Interessen der Arbeiter und Angestellten bestimmte Wirtschaftspolitik wird das nicht möglich sein.

Dr. H. Schäfer

Erfolgreiche Montanarbeiter

Streiks führten zu schnellem Tarifabschluß Lohn- und Gehaltserhöhungen und mehr Urlaub

Die spontanen Streikaktionen in der Montanindustrie von Nordrhein-Westfalen zur Durchsetzung vorzeitiger fühlbarer Tarifabschlüsse endeten mit einem Erfolg. Als Folge des entschlossen geführten Kampfes der Hütten- und Zechenbelegschaften konnten die IG Metall und die IGBE sofortige Lohnerhöhungen von 11 Prozent für die Stahlarbeiter und von durchschnittlich 10 Prozent für die Bergarbeiter vereinbaren. Wenn auch nicht alle Forderungen der Beschäftigten erfüllt worden sind, so haben doch die Stahl- und Bergarbeiter einen bemerkenswerten Erfolg errungen.

Durch die spontanen Streiks bzw. die Streikbereitschaft der Belegschaften in der NRW-Montanindustrie konnten von den Gewerkschaften folgende Tarifverbesserungen getroffen werden:

EISEN- UND STAHLINDUSTRIE (230 000 Beschäftigte):

- Ab 1. September 1969 werden die Ecklöhne der Arbeiter von bisher 3,99 auf 4,43 DM erhöht. Das entspricht einer Lohnerhöhung von 11 Prozent.
- Gleichfalls um 11 Prozent werden die Gehälter und Lehrlingsvergütungen aufgebessert.
- Erhöhung des Tarifurlaubs durch Nichtanrechnung der arbeitsfreien Samstage. Diese Regelung tritt ab 1970 in Kraft und vollzieht sich in drei Stufen bis zum Jahre 1972.
- Das neue Lohn- und Gehaltsabkommen ist erstmals zum 30. September 1970 kündbar. Für das Urlaubsabkommen gilt die gleiche Kündigungsfrist wie in der Metallindustrie.

STEINKOHLENBERGBAU (205 000 Beschäftigte):

- Ab 1. September werden die Löhne um 3,50 DM pro Mann und Schicht erhöht. Das bedeutet eine Lohnaufbesserung von durchschnittlich 10 Prozent.
- Alle Arbeitnehmer erhalten nach einjähriger Bergbautätigkeit eine Treueprämie in Höhe von 312 DM, die im Rahmen des sogenannten 312-DM-Gesetzes vermögenswirksam angelegt werden muß.
- Der Mindesturlaub für Unter- und Ubertagearbeiter beträgt vom nächsten Jahr an 20 Tage, was bei fünf-tägiger Arbeitszeit und Nichtanrechnung der arbeitsfreien Samstage einem vierwöchigen Urlaub entspricht.
- Von 1970 an erhalten die Arbeiter jährlich kostenlos einen Arbeitsanzug und ein Paar Arbeitsschuhe. Ferner übernehmen die Zechen die kostenlose Reinigung der Arbeitskleidung.
- Die neuen Tarifvereinbarungen enthalten keine feste Laufzeit und sind lediglich mit einer vierwöchigen Kündigungsfrist ausgestattet.

Den bisher kürzesten Tarifverhandlungen in der nordrhein-westfälischen Montanindustrie waren spontane Streiks auf einer Reihe von Hütten und Zechen vorausgegangen. IGBE-Vorsitzender Arendt kommentierte: „In der Bundesrepublik wird nur dann ernsthaft und schnell verhandelt, wenn Fensterscheiben klirren und Tomaten geworfen werden.“

Besonders im nordrhein-westfälischen Bergbau machte das Beispiel der Hoesch-Arbeiter Schule. Rund 10 000 Kumpel der Dortmunder Zechen „Fürst Hardenberg“, „Minister Stein“, „Hansa“, „Germania“ und „Zollern 1“ traten spontan in einen dreitägigen Streik; andere Belegschaften waren streikbereit.

Daß den Stahl- und Bergarbeitern schließlich der Geduldsfaden riß und sie spontan die Arbeit niederlegten, hatte einen triftigen Grund: die unsoziale Lohn- und Einkommenspolitik der Konzernherren. Denn es waren allein die Arbeitnehmer, die in der NRW-Montanindustrie jahrelang die vollen Lasten der Krise bei Stahl und Eisen zu tragen hatten. Sie mußten das wirtschaftspolitische Versagen von Konzernen und Bundesregierung wiederholt mit Feierschichten und Kurzarbeit, Massenentlassungen, Umbesetzungen und Lohnabbau bezahlen, während die Großaktionäre ungeachtet der Krisenerscheinungen horrende Gewinne kassierten.

Statt fühlbarer Lohnerhöhungen gab es für die Stahl- und Bergarbeiter oft genug nur einen Lohnverzicht oder bestenfalls tarifpolitische Brosamen, und das selbst unter den Bedingungen der Hochkonjunktur. So sollten die Tariflöhne der Hütten-, Stahl- und Walzwerker im Zeitraum März bis November 1969 nur um ganze 2 Prozent steigen. Dagegen erwarteten die Stahlbosse bei einer Kapazitätsauslastung von 96 Prozent und einem Rückgang des Lohnkostenanteils von 20,8 auf 18,0 Prozent allein einen Produktivitätsgewinn von rund 10 Prozent. Ganz zu schweigen von den Riesenprofiten aus den Preissteigerungen für Stahl, die 50 bis 300 Prozent ausmachten.

Eine ähnliche Situation war im Ruhrbergbau zu verzeichnen. Sieht man

einmal davon ab, daß die Bergarbeiter während der letzten elf Jahre die größten materiellen Opfer bringen mußten, so erhöhte sich ihr Lohn in den Jahren 1967 und 1968 nur um 3,8 Prozent. Demgegenüber stieg im gleichen Zeitraum die Leistung um 20 Prozent. Mit anderen Worten: dem Ruhrkumpel waren Lohnaufbesserungen von 16,2 Prozent vorenthalten worden, was auch den großen Lohnnachholbedarf im Steinkohlenbergbau erklärt.

Nutznieser dieser sozialreaktionären Entwicklung waren die Herren von Kohle und Stahl. Das verdeutlichen besonders die überdurchschnittlichen Dividendensätze. So schüttete z. B. die Niederrheinische Bergwerks AG für das Geschäftsjahr 1968 eine Dividende von 18 Prozent aus und zahlte darüber hinaus ihren Aktionären noch einen Bonus von 12 Prozent. Ein geradezu märchenhafter Gewinn, den sich die Aktionäre im Ergebnis der konzertierten Aktion in die Tasche stecken durften.

In dieser wachsenden Diskrepanz zwischen Konzerngewinnen und den Arbeitnehmereinkommen ist auch die Erklärung dafür zu suchen, warum die Tarifvereinbarungen auf den Hütten und Schächten nicht die ungeteilte Zustimmung der Arbeiter fanden. Die Große Tarifkommission der IG Metall für die Stahlindustrie, die ursprünglich eine 14prozentige Lohnerhöhung gefordert hatte, stimmte den Tarifiergebnissen nur mit Mehrheit zu. Auch der Verhandlungsleiter der Gewerkschaftsdelegation, der Hagener IGM-Bezirksleiter Ziemann, erklärte, er sei nicht zufrieden, aber er glaube, daß ein vertretbares Ergebnis erreicht worden sei.

Die Gewerkschaften werden Wege für eine Demokratisierung der Tarifpolitik suchen müssen, die es den Arbeitnehmern gestattet, durch eine echte Willensbildung innerhalb der Organisation auf die Tarifforderungen und zum anderen auf die ausgehandelten Tarifiergebnisse Einfluß zu nehmen. Ferner sollte man nicht übersehen, daß die Streikaktionen im Ruhrgebiet auch eine Absage an die Bonner konzertierte Aktion darstellen, deren erklärtes Ziel es ist, die Unternehmerprofite auf Kosten der Arbeitnehmerschaft abzusichern.

Für die Gewerkschaften ergibt sich die Aufgabe, wieder zur aktiven Lohnpolitik zurückzukehren, deren konsequente Anwendung die Gewähr dafür bietet, daß die Arbeiter und Angestellten an den Ergebnissen der Wirtschaftsentwicklung angemessen teilhaben können. Die spontanen Kampfaktionen haben ein wirksames Instrument der aktiven Tarifpolitik sichtbar gemacht und vorgeführt. Hier gilt es für die Gewerkschaften, energisch nachzusetzen, damit aus den ersten Anfangserfolgen echte lohn- und tarifpolitische Fortschritte werden.

G. B.

Bevor es zu den Streiks im Ruhrbergbau kam, legten als erste die Arbeiter auf sämtlichen Gruben im Saarrevier die Arbeit nieder. Die Hauptforderung der Saarbergleute war: gleicher Lohn wie im Ruhrbergbau. Diese Forderung konnte in mehrtägigem Streik durchgesetzt werden. Tagelang demonstrierten Tausende von Bergarbeitern in Saarbrücken für ihre Anliegen.

Am 10. September kam unter Mitwirkung des saarländischen Ministerpräsidenten Röder die Einigung zwischen der IG Bergbau und der Saarbergwerke AG zustande:

■ Das zwischen der Gewerkschaft und dem Gesamtverband des Deutschen Steinkohlebergbaus für die Bergarbeiter in den Revieren Ruhr und Aachen ausgehandelte Abkommen gilt auch für den Saarbergbau.

■ Darüber hinaus erhalten die Saarbergarbeiter zum Ausgleich für die bis zum 1. September bestehenden Lohnunterschiede zwischen Saar und Ruhr einen einmaligen Betrag von 310 DM pro Mann ausbezahlt.

■ IG Bergbau und Unternehmensleitung der Saarbergwerke verständigten sich darüber, rückwirkend ab 1. September die trotzdem noch bestehende Differenz zwischen Saar und Ruhr zu beseitigen und die Löhne der Arbeiter des Saarbergbaus an die vergleichbaren Löhne der Ruhrbergleute anzugleichen.

Eine diesbezügliche neue Lohnordnung soll bis zum 31. Dezember 1969 abgeschlossen werden. Die zu beseitigende Lohndifferenz beträgt unterschiedlich zwischen 1 und 2 DM je Mann und Schicht. Die Unternehmensleitung der Saarbergwerke errechnete sich aus den Vereinbarungen für den Saarbergbau eine Gesamtbelastung von über 15 Prozent.

Durch Streiks 8-Prozent-Ergebnis aufge bessert Statt einsamer Gespräche aktive Lohnpolitik!

Eine besondere Erscheinung in den Septemberstreiks waren die spontanen Ausstände in zahlreichen Betrieben der Metallverarbeitung. In der Metallindustrie waren erst wenige Tage zuvor in vorgezogenen Tarifverhandlungen rückwirkend zum 1. September 1969 Lohn- und Gehaltserhöhungen von 8 Prozent wirksam geworden. Offensichtlich kam in den Streiks auch die Beurteilung dieser geringen Lohnerhöhung durch die Arbeiter und Angestellten mit zum Ausdruck.

Die Streikenden verlangten zwar keine weitergehende generelle Lohn- und Gehaltserhöhung für die Beschäftigten der Metallindustrie, sondern kämpften um die Verbesserung ihrer sozialen Lage auf der Ebene des Betriebes. Während sie auf der Unternehmenseite eine Rekordentwicklung der Gewinne beobachten konnten, mußten sie in zahlreichen Fällen erleben, daß die von der IG Metall ausgehandelten 8 Prozent nicht voll effektiv, sondern ganz oder teilweise auf die übertarifliche Bezahlung angerechnet wurden. Um die volle Anrechnung der 8 Prozent auf den Effektivlohn ging es z. B. in dem Warnstreik in den Essener Maschinenfabriken des Krupp-Konzerns.

In dem hartnäckigsten Streik, der die metallverarbeitende Industrie erfaßte, auf den Howaldtswerken in Kiel, kämpften die Arbeiter um die Anhebung ihrer Stundenlöhne auf das Hamburger Niveau. Am 19. September erzielten die über 7000 Kieler Werftarbeiter schließlich den Erfolg: eine erste Zulage von 8 Pfennig je Stunde rückwirkend ab 1. September und vier weitere Pfennig ab 1. Januar 1970; ferner Vergütung der durch Streik ausgefallenen Arbeitszeit in Höhe von 32 Stunden Grundlohn plus 10 Prozent. Eine Angleichung an das Hamburger Niveau forderten mit einem

Warnstreik auch die Werftarbeiter der Lübecker Flender-Werke.

In einem großen Düsseldorfer Auto-Zulieferbetrieb ging es um die Erhöhung der in der Rezession abgebauten Produktionsprämie. Die Werkleitung verpflichtete sich zur Heraufsetzung von 7 auf 16 bis 17 Pfennig je Stunde. In den Nürnberger Hercules-Werken streikten die Arbeiter für die Zahlung des gestrichenen Fahrgeldzuschusses. Bei der Düsseldorfer Drahtindustrie (Kloekner) kämpften die Streikenden um eine betriebliche Erhöhung der Stundenlöhne um 50 Pfennig. Ähnliche betriebliche Zulagen in unterschiedlicher Höhe wurden in anderen Betrieben der Metallverarbeitung verlangt und fast immer auch erkämpft.

Das allgemeine Verlangen nach Verbesserung der Arbeitseinkommen über die 8prozentige Lohn- und Gehaltserhöhung hinaus führte also zu unterschiedlichen, betrieblich bedingten Forderungen. Der Vorstand der IG Metall wehrte sich in „Metall“ Nr. 20 vom 30. 9. 1969 gegen die „hier und da etwas provokatorisch gestellte Frage“, ob denn nach dem 11-Prozent-Abschluß in der Stahlindustrie nun nicht die Arbeitnehmer der Metallverarbeitung benachteiligt seien. Die Streiks und Forderungen der Arbeiter und Angestellten in der Metallindustrie bestätigen indessen, daß die vom Vorstand der IG Metall unter Ausschluß der Mitgliedschaft geführten Tarifverhandlungen keine zufriedenstellenden Ergebnisse brachten.

Streiks in der Textilindustrie

In der westfälischen Textilindustrie kam es am 15. und 16. September, offenbar unter dem Eindruck der spontanen Streiks in weiten Bereichen der Wirtschaft, in einigen Betrieben ebenfalls zu Arbeitsniederlegungen. Daran beteiligten sich mehr als 2000 Arbeiter. In Ochtrup, Ahaus und Alsstätt forderten Textilarbeiter die Verbesserung innerbetrieblicher Lohnrelationen bzw. eine abermalige Anhebung der Löhne um 6 Prozent. In der Textilindustrie war erst am 1. Juli 1969 ein neuer Lohnarbeitsvertrag in

Kraft getreten, der eine Lohnerhöhung um 6 Prozent brachte.

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung erklärte zu den Streiks, diese müßten die zuständigen Tarifvertragsparteien veranlassen, unverzüglich in Verhandlungen einzutreten. Die Tatsache, daß der geltende Tarifvertrag erst vor wenigen Monaten abgeschlossen worden sei, dürfe dafür kein Hindernis sein. Nicht zuletzt, so meint die Gewerkschaft Textil-Bekleidung, fänden die Streiks und die wachsende Unzufriedenheit in der Textilindustrie ihre Ursache in der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts, wonach es der Gewerkschaft verboten ist, Klauseln über die effektive Auswirkung von Lohnerhöhungen durchzusetzen.

Die Septemberstreiks, auch in der Metallverarbeitung, haben die alte Erfahrungstatsache unterstrichen, daß Lohnfragen Machtfragen sind. Zweifellos hätte die IG Metall seinerzeit bei Mobilisierung aller Kräfte für die Beschäftigten der metallverarbeitenden Industrie ein besseres Ergebnis erzielen können, wie es dann unter dem Druck der Streiks für die Eisen- und Stahlwerker schließlich auch erreicht wurde.

Die Schlußfolgerung für die IG Metall sollte lauten, künftig mit den einsamen Vorstandsentscheidungen in der Tarifpolitik Schluß zu machen. - ert

Frühzeitige Lohnerhöhungen

Tarife für Millionen Beschäftigte kamen in Bewegung Arbeiterschaft praktizierte aktive Lohnpolitik

Die spontanen Streiks in der Montanindustrie, der Metallverarbeitung und im öffentlichen Dienst führten dazu, daß mehrere Gewerkschaften von ihren Tarifparteien vorgezogene Lohn- und Gehaltsverhandlungen verlangten. Unruhe und Empörung, die in den genannten Branchen zu Arbeitsniederlegungen führten, herrschten in der gesamten Wirtschaft, so daß fast alle Gewerkschaften aktiv wurden, um die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu vertreten. Dabei bewährte sich die Form der Korrektur laufender Tarifverträge durch vorgezogene außerplanmäßige Verhandlungen.

Auch in diesem Zusammenhang muß wieder darauf hingewiesen werden, daß allein die Kampfkraft der Arbeiterschaft die Unternehmer an den Tisch zwang und ihnen zum Teil beträchtliche Zugeständnisse abtrotzte.

Chemische Industrie

Die IG Chemie-Papier-Keramik hat, einem wachsenden Verlangen in der Organisation folgend, am 24. September die Unternehmer aufgefordert, unverzüglich in Tarifgespräche einzutreten. Bereits am 3. Oktober kam es zu einer neuen Vereinbarung für die rund 530 000 Beschäftigten in der chemischen Industrie der Bundesrepublik, die neben einer Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter Verbesserungen von Manteltarifbestimmungen brachte.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1969 werden die bereits im Frühjahr um 7,5 Prozent erhöhten Lohn- und Gehaltstarife um weitere 3,5 Prozent angehoben. Aufgrund früherer Vereinbarungen verkürzt sich ab 1. Januar 1970 die Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche, wodurch ein Lohnausgleich von 3,1 Prozent wirksam wird. Der jetzige Abschluß sieht auch die Nichtanrechnung der arbeitsfreien Samstage auf den Jahresurlaub vor. Sie soll in Stufen bis 1972 erfolgen.

Das zusätzliche Urlaubsgeld erhöht sich vom Jahresurlaub 1970 an um 3 DM auf 15 DM pro Urlaubstag. Schließlich werden ab 1970 die Leichtlohngruppen, nach denen vor allem Frauen entlohnt werden, stufenweise bis 1975 beseitigt.

Das für die Tarifpolitik zuständige Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Chemie, Erwin Grützner, würdigte in einer Erklärung diese Vereinbarungen für die Chemieindustrie. Daß es gelang, ohne Veränderung der Laufzeiten geltender Tarifverträge eine Korrektur der im Frühjahr abgeschlossenen Lohn- und Gehaltssätze zu erreichen, bezeichnete er als „dringend notwendiges Reagieren auf die veränderte wirtschaftliche Situation“.

Graphische Industrie

„Nachdem die Arbeitsniederlegungen und die verschiedenenorts vor der Bundestagswahl zu beobachtenden Arbeitsunlust-Aktionen auch auf die Druckindustrie übergreifen begannen“, so stand es am 7. Oktober im „Kurz-Nachrichten-Dienst“ der Arbeit-

geberverbände, „entschlossen sich die Tarifpartner zu schnellem Handeln.“ Gemeint war damit der Abschluß für die rund 170 000 Beschäftigten im graphischen Gewerbe.

Danach wurden ab 1. Oktober die Ecklöhne um 3 Prozent erhöht. Ferner wird eine einmalige Zahlung von 210 DM geleistet. Der geltende Tarifvertrag läuft zum 1. Januar 1970 aus.

Allerdings opferte die IG Druck und Papier für diese Vereinbarung die angestrebte Verbesserung des Rationalisierungsschutzvertrages, der bereits gekündigt war. Er wurde wieder in Kraft gesetzt und bis zum 30. Juni 1971 verlängert.

Bauwirtschaft

In vorgezogenen Tarifverhandlungen zwischen der IG Bau-Steine-Erden und den zuständigen Unternehmerverbänden haben sich beide Seiten

Erfolg im öffentlichen Dienst

Eine Serie von Streiks im öffentlichen Dienst zwang nach anfänglichem Widerstand die Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden an den Verhandlungstisch. Die Gewerkschaften ÖTV und DAG hatten angesichts der Streiks in der Industrie und der wachsenden Unruhe unter den rund 1,3 Millionen Arbeitern und Angestellten des öffentlichen Dienstes am 11. bzw. 15. September unverzügliche Tarifverhandlungen verlangt. Die gleiche Forderung stellten die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) und Deutsche Postgewerkschaft. Während eine Vereinbarung im kommunalen Bereich bereits am 24. September zustande kam, gelangten die Gewerkschaften mit Bund und Ländern am 9. Oktober zu einer Übereinkunft.

Entsprechend den Verhandlungsergebnissen erhalten die Arbeiter und Angestellten von Bund, Ländern und Gemeinden für die drei Monate Oktober, November und Dezember 1969 eine einmalige Zulage von 300 DM. Lehrlinge, Anlernlinge und Praktikanten bekommen die Hälfte. Eine gleiche Überbrückungszahlung wurde zwischen den zuständigen Tarifparteien auch für die Angestellten der Bundespost und der Bundesbahn vereinbart. Die über 350 000 Arbeiter bei Post und Bahn bekommen 260 DM einmalige Zulage und eine vorgezogene Lohnerhöhung von 6 bzw. 7 Pfennig pro Stunde.

Am 10. Oktober kam schließlich auch für die 560 000 Bundesbeamten zwischen dem DGB bzw. Deutschen Beamtenbund auf der einen und der Bundesregierung auf der anderen Seite ein Abkommen über eine einmalige Zahlung von 300 DM zustande.

Während in Bonn die Verhandlungen andauerten, hatten am 9. Oktober in West-Berlin die Beschäftigten von drei Postämtern spontan die Arbeit niedergelegt, um auf diese Weise ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Wie in allen Wirtschaftsbran-

chen, in denen es vorgezogene Tarifverhandlungen mit Lohn- und Gehaltserhöhungen gab, sind auch im öffentlichen Dienst die Verhandlungsergebnisse allein das Resultat des kämpferischen Einsatzes der Arbeiter und Angestellten.

So kam es z. B. zu Streiks der Städtischen Müllabfuhr und Stadtreinigung in Duisburg, Kaiserslautern, Köln, Wanne-Eickel und West-Berlin. Dort traten auch die Arbeiter der Verkehrsbetriebe in Warnstreiks. Gestreikt wurde u. a. in den Verkehrsbetrieben von München, Nürnberg und Mannheim. In Witten streikten die Arbeiter der Strom-, Gas- und Wasserwerke.

Am 31. Dezember dieses Jahres laufen für die Arbeiter und Angestellten bei Bund, Ländern und Gemeinden sowie bei Bahn und Post die Lohn- und Gehaltstarife ab. Es wird schon jetzt ratsam sein, die Tarifbewegung vorzubereiten. Die Septemberstreiks haben gezeigt, daß Entschlossenheit zur Erfüllung berechtigter Forderungen führt. Die gleiche Kampfbereitschaft wird notwendig sein, um auch die fällige neue Tarifrunde im öffentlichen Dienst mit Erfolg abzuschließen.

K. K.

Anfang Oktober auf eine Erhöhung der Stundenlöhne für Bauarbeiter um 31 Pfennig geeinigt. Für Angestellte, Poliere und Schachtmeister steigen die Gehälter um 5,9 Prozent. Insgesamt trifft das für etwa 1,5 Millionen in der Bauwirtschaft Beschäftigte zu. Am 18. November 1969 sollen Verhandlungen zwischen den Tarifparteien über eine Neufassung des Bundesrahmenvertrages aufgenommen werden.

Wie es zu diesem Tarifaßschluß in einer gemeinsamen Erklärung heißt, sahen sich beide Seiten aufgrund der „lohnpolitischen Vorgänge, die sich außerhalb des Baugewerbes . . . abspielten“, dazu veranlaßt.

Einzelhandel

Die umgehende Verbesserung der tariflichen Arbeitsbedingungen für die 2,3 Millionen Beschäftigten des Einzelhandels in der Bundesrepublik hat die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen gefordert. Die Gewerkschaften HBV und DAG haben am 22. September die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels aufgefordert, einem Neuaßschluß sämtlicher bis Mitte 1970 auslaufender Tarifverträge zuzustimmen.

Weitere Branchen

Die Gewerkschaft HBV ist auch im Bankgewerbe initiativ geworden. So sollen für die rund 200 000 Bankangestellten am 17. Oktober Verhandlungen mit dem Unternehmerverband über eine vorgezogene Gehaltserhöhung aufgenommen werden. Am 27. Oktober finden Gespräche über eine Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen im Bankgewerbe statt.

Vorgezogene Tarifverhandlungen bzw. -abschlüsse fanden im September und Anfang Oktober außerdem in einer ganzen Reihe von Branchen statt. So kamen am 2. Oktober die Tarifparteien der Schuhindustrie zu ersten Verhandlungen über die Forderung der Gewerkschaft Leder zusammen, die Löhne und Gehälter für die 100 000 Beschäftigten um 15 Prozent zu erhöhen.

Für die Arbeiter der nordrheinischen Holzindustrie wurden Anfang Oktober die Facharbeitereckelöhne um 40 Pfennig je Stunde erhöht. Ein neuer Manteltarifvertrag sieht die Nichtanrechnung des arbeitsfreien Samstags auf den Urlaub sowie die Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes von 8 auf 12 DM vor.

(Siehe auch die gesonderten Berichte über die Streiks und Tarifbewegungen in der Montanindustrie und im öffentlichen Dienst.)

K. Kilian

Quittung für Lohndruck

Wesentliche Daten der Profit- und Lohnentwicklung Über die Ursachen der September-Streikwelle

Über zweieinhalb Jahre lang hat es den bestimmenden Einfluß auf die Verteilung des Nationaleinkommens in der Bundesrepublik gehabt: das lohnpolitische „Konzert“ nach der Partitur des Monopolkapitals unter der Stabführung des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Schiller. Erst kurz vor der Bundestagswahl haben ihm die Arbeiter der Montanindustrie und zahlreicher anderer Branchen ein Ende gesetzt.

Es gibt keinen Zweifel, daß sich die erste Bonner Koalition von CDU, CSU und SPD in einem günstigeren Klima von der politischen Bühne verabschieden wollte. Denn es konnte natürlich nicht ins Konzept dieser Parteien passen, daß zur gleichen Zeit, als ihr mit dem Blick auf die Bundestagswahl geführter Streit, wem wohl die größten Verdienste am Erfolg gemeinsamer Regierungstätigkeit zukommen, seinen Höhepunkt erreichte, dieser „Erfolg“ für die Unternehmer so eindeutig in Frage gestellt wurde.

Aber die September-Streiks waren die logische Folge einer Wirtschaftspolitik, die seit dem Beginn der Wirtschaftskrise Ende 1966 eindeutig und nicht einmal getarnt gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten geführt worden ist. Den Unternehmerverbänden lagen sogar dringende Warnungen vor, daß die Profitexplosion und der anhaltende Druck auf die Löhne nicht lange mehr von den Belegschaften würden hingenommen werden.

Die Entwicklung von Löhnen und Profiten in den letzten zweieinhalb Jahren setzte Aktionen der Arbeiter und Angestellten zwangsläufig auf die Tagesordnung. 1967 sank die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter in der Bundesrepublik nach amtlichen Angaben um 0,5 Prozent, während im gleichen Jahr die Profite trotz der Krise und der angeblich so sehr schlechten Lage der Unternehmen um 0,5 Prozent stiegen. 1968 erhöhte sich die Lohnsumme um 5,5 Prozent, die entnommenen Gewinne aber um 11,5 Prozent. Und im ersten Halbjahr 1969 stieg die Lohnsumme um 8 Prozent, die Summe der entnommenen Profite um weitere 16 Prozent.

Dabei ist noch zu beachten, daß die Steigerung der Lohnsumme zum Teil auf die Zunahme der Beschäftigung zurückzuführen ist, während auf der anderen Seite die Profite der Konzerne wesentlich stärker angehoben wurden, als dies in den genannten Durchschnittszahlen zum Ausdruck kommt, die ja auch die Gewinnentwicklung von Klein- und Mittel-, von Handwerks- und Landwirtschaftsbetrieben enthalten.

Die Angaben des Statistischen Bundesamtes über die Entwicklung in der Industrie sind noch eindeutiger. 1966 waren in der westdeutschen Industrie 6,452 Millionen Arbeiter beschäftigt. Im ersten Quartal 1969 waren es 6,163 Millionen Arbeiter. Für sie wurde — im-

mer monatsdurchschnittlich gerechnet — 1966 eine Lohnsumme von 4,959 Milliarden DM gezahlt, im ersten Vierteljahr 1969 eine solche von 5,192 Milliarden. Daraus ergibt sich, daß das Durchschnittseinkommen der Arbeiter in der westdeutschen Industrie von 1966 monatlich 770 DM auf 1969 I. Quartal monatlich 845 DM gestiegen ist, was einer Erhöhung um weniger als 10 Prozent entspricht.

Im gleichen Zeitraum stiegen die Kosten für die Lebenshaltung um fünf Prozent, so daß sich unter Berücksichtigung der erhöhten Abzüge für Steuern und Sozialversicherung eine Reallohnsteigerung um höchstens 4 Prozent errechnen läßt. In der gleichen Zeit aber weist die amtliche Statistik eine Steigerung der Produktivität je Industriearbeiter von 127,9 auf 154,9, d. h. von mehr als 20 Prozent aus. **Eine solche Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Reallöhne und der Produktivität, die der Profitsteigerung einen geradezu phantastischen Spielraum gab, hat es seit Bestehen der Bundesrepublik noch nicht gegeben.**

Bundeswirtschaftsminister Schiller hat wiederholt die konzertierte Aktion als eine Form der Mitbestimmung bezeichnet. Noch nie hätten die Gewerkschaften eine solche Gelegenheit gehabt, die Wirtschaftspolitik mitzugestalten. **Die Tatsachen haben eindeutig widerlegt, daß die Schillersche Gesprächsrunde von Gewerkschafts- und Unternehmervertretern den aktiven Lohnkampf der Arbeiter und Angestellten ersetzen kann.** Die Interessen der Arbeiterklasse nach Verbesserung ihres Lebens und ihrer Stellung in der Gesellschaft sind unvereinbar mit den Interessen der Monopole an Höchstprofiten und Ausbau ihrer Herrschaftspositionen.

Konzertierte Aktion und Partnerschaft verändern an der Tatsache, daß sich 70 Prozent der Produktionsanlagen und 35 Prozent des sonstigen privaten Vermögens in der Hand von 1,7 Prozent der Bevölkerung befinden, nur etwas zugunsten der Monopole. Veränderungen der Einkommens- und Vermögensverteilung zugunsten der Arbeiterklasse sind nur durch deren aktiven Kampf zu erreichen. Am Ende von fast drei Jahren Großer Koalition gibt es deutliche, ermutigende Zeichen, daß diese alte Wahrheit zunehmend in das Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten dringt.

M. W.

Kein „Aufschwung nach Maß“

Erschöpfung der Wachstumsfaktoren zeichnet sich ab Stabilisierungspolitik fördert die Labilität

Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung und Stabilisierungspolitik zu ihrer Sicherung gehören heute in allen westlichen Ländern zunehmend zu den strapazierten Schlagworten, mit denen die wirtschaftspolitischen Ziele der Regierungen umschrieben werden. Gleichzeitig ist die Stabilisierung aber jenes Ziel der Wirtschaftspolitik, welches ständig und sehr schnell z. B. zugunsten der Wachstumsstimulierung, der Profitexpansion, steigenden Staatsausgaben für die Rüstungspolitik u. ä. geopfert wird.

Es sind sowohl objektive wie subjektive Gründe, warum die Stabilitätsproblematik eine ständig wachsende Bedeutung erlangt. Angesichts der vor allem als Folge der wissenschaftlich-technischen Revolution rasch voranschreitenden Vergesellschaftung der Produktion mit ihren immer dringender werdenden Forderungen nach bewußter und planmäßiger gesamtgesellschaftlicher Organisation der Produktion im Interesse der Produzenten auf der einen Seite und der Unterordnung dieser objektiven Erfordernisse der Gesellschaftsentwicklung unter die Profitinteressen mit Hilfe immer größerer Zusammenballung der Kapital- und Staatsmacht auf der anderen Seite, wird das kapitalistische System immer unstabiler. **Die monopolistischen Praktiken der Produktionsentwicklung und ihrer Regulierung führen zur beständigen Untergrabung des wirtschaftlichen Gleichgewichts und zur zunehmenden Funktionsunfähigkeit der kapitalistischen Regulatoren der Produktion. Regulierung der modernen Produktion über die Profite mit Hilfe von Preisen, Zinsen und von Profitinteressen diktierten Marktgesetzen muß objektiv die Stabilisierungsproblematik immer bedrohlicher anwachsen lassen und gleichzeitig zur Verstärkung der staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft führen.** Gleichzeitig dient das In-den-Vordergrund-Schieben dieser Problematik dazu, der Masse der Bevölkerung eine Gemeinsamkeit der Interessen aller Klassen und Schichten an der Gesamtentwicklung vorzugaukeln und jede die Bevölkerung noch so hart treffende Maßnahme der Wirtschaftspolitik mit dem Hinweis auf die gemeinsamen Interessen an der Stabilität der Wirtschaftsentwicklung zu begründen.

Es gibt keine wirtschaftspolitische Konzeption oder Maßnahme der Regierungen, die nicht auf einer Heiligsprechung der Offite beruht und mehr oder weniger offen erklärt — in der wirtschaftspolitischen Konzeption der Großen Koalition sehr offen —, daß wirtschaftliches Wachstum und Stabilität von der Stimulierung und Begünstigung der Profite abhängen. Die Folge davon ist in jedem Falle ein ständiger Kreislauf, der bei der Stimulierung der Profite und Investitionen beginnt, über die Profitexpansion und -explosion führt und sich durch Maßnahmen zur Stabilisierung der Profitbedingun-

gen, die als Folge der Profitexpansion zunehmend instabiler werden, vollendet.

In der Bundesrepublik spielt die „Stabilisierung“ schon seit der Erhard-Ara — damals unter der Losung „Stabilität des Geldwertes“, dem die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung geopfert werden sollten — eine erst-rangige Rolle. Angesichts der Zuspitzung der Wachstumssituation für das Kapital ist es nur logisch, daß in der wirtschaftspolitischen Konzeption der Regierung der Großen Koalition diese Problematik auf einer höheren Stufe eine Zentralfrage ist. Ihren besonderen Aspekt erhält sie einmal durch die Politik der SPD-Führung in dieser Großen Koalition, die bereit ist und war, mit ihren speziellen Möglichkeiten die Prinzipien der imperialistischen Wachstumspolitik zu verfolgen. Zum anderen widerspiegeln die Stabilitätsforderungen in der CDU/SPD-Regierung die erwähnten zunehmenden Wachstumsschwierigkeiten.

Nicht schlechthin Wachstum, sondern maßgerechter „Aufschwung nach Maß“, wird als Ziel verkündet. Dies ist u. a. auch Ausdruck dafür, daß angesichts der Zuspitzung der Situation für das System, ständig und mit neuen Mitteln und Methoden der staatlichen Regulierung in den Wirtschaftsablauf eingegriffen werden muß. Kernstück dieser Konzeption ist dabei — und das zeigt den tatsächlichen Inhalt aller Stabilisierungsversuche — die „Globalsteuerung“ vor allem und möglichst durch „konzertierte Aktion“, jene Erfindung des Wanderpredigers dieser Konzeption, Prof. Schiller.

Gegenwärtig zeichnen sich gerade als Folge der Stabilisierungskonzeption neue, schwere Gefahrenmomente der Unstabilität ab. Keines der von Schiller proklamierten „Orientierungsdaten“ wurde eingehalten. Im Gegenteil. Die Monopole nutzen die Profitstimulierung zu einer Expansionswelle aus, deren „Überhitzung“ sich heute schon deutlich abzeichnet: Die Ausfuhr wuchs 1968 nicht wie projiziert um 6,4 Prozent, sondern um 13,1 Prozent, die Gewinne nicht wie berechnet um 7 Prozent, sondern um 14,2 Prozent.

Industrieproduktion und Sozialproduktsberechnung weisen ähnliche Tendenzen auf. Hinzu kommt die Klemme zwischen Außenhandelsexpansion und internationaler Währungskrise einerseits und innerer Produktionsentwicklung und Preisentwicklung andererseits, in der man sich befindet, die schon heute deutlich macht, daß für die kommende Zeit die tatsächliche Inflationsrate beträchtlich über der angenommenen liegen wird. Die Erschöpfung von „Wachstumsfaktoren“ ist ebenso abzusehen wie die Folgen der schnellen Expansion.

Angesichts dieser sich abzeichnenden Situation, die eigentlich Alarmzeichen für ihre Stabilisierung setzen müßte, ist plötzlich keine Rede mehr vom „Aufschwung nach Maß“ geschweige von der Einhaltung der „Orientierungsdaten“ (für die die Gewerkschaftsvertreter in diesem Konzert im gewissen Sinne die „Vorleistung“ erbracht haben, und die jetzt ein „Nachziehen“ der Unternehmer erfordern würde).

Wie nicht anders zu erwarten, verkündet die Bundesregierung jetzt eine abenteuerliche Politik des „Unterlaufens“ der drohenden Krise durch verstärkte Stimulierung der Investitionen, verstärkten technischen Fortschritt, d. h. durch Rationalisierung und eine neue Welle der Kapitalakkumulation. Nicht nur die Werktätigen der Bundesrepublik werden die Leidtragenden dieses Vorgehens sein. Man hofft, auf diese Weise einen Teil der eigenen Konflikte auf die internationale Konkurrenz abzuwälzen.

Begleitet ist diese Entwicklung von einer neuen Welle der Konzentration der Produktion und des Kapitals, die nicht nur offen propagiert und stimuliert wird, sondern durch die man gleichzeitig eine Reihe der immer dringender werdenden Strukturprobleme der Wirtschaft, durch Vernichtung der Schwächeren durch die Kapitalmächtigen und staatlich Begünstigten zu lösen hofft. Gerade letzteres zeigt, daß wir es bei der Durchsetzung der imperialistischen Stabilitätspolitik nicht mit einem einfachen Kreislauf zu tun haben. Es ist vielmehr — und das kann bei der langfristigen Entwicklung dieser Problematik nicht anders sein — gleichzeitig eine Entwicklung, in deren Verlauf sich ständig die Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital, die Kapitalmacht, erhöht, der Druck gegenüber den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung größer wird und sich die Rolle der Staatsmacht in dieser Entwicklung und für diese Entwicklung verstärkt.

Der Inhalt der Stabilitätsproblematik hat also sowohl ökonomische wie soziale und allgemeine innen- und außenpolitische Aspekte. Gerade dies zeigt aber, daß die Stabilitätsproblematik in ihrem Kern eine erst-rangige Machtfrage in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung ist.

Die Profitentwicklung bei einem Chemie Giganten Zur Bilanz 1968 der Farbwerke Hoechst

Die Profite der großen Konzerne wachsen unentwegt. Im Jahre 1968 konnten diese Unternehmen in der Bundesrepublik mehr als je zuvor kassieren. Einiges darüber kann man in den offiziellen Geschäftsberichten nachlesen. So auch in dem der Farbwerke Hoechst, wie er im Sommer der ordentlichen Hauptversammlung der Aktionäre vorgelegt wurde. Die Farbwerke gehören zusammen mit den beiden anderen IG-Farben-Nachfolgern — BASF und Bayer — zu den Spitzenverdienern.

Untersucht man den Geschäftsbericht eines kapitalistischen Konzerns, so muß man sich klar sein über die Einschränkungen, die bezüglich seiner Aussagekraft zu machen sind. Solche Bilanzen werden nicht erstellt, um ein wahrheitsgetreues Bild über die tatsächlichen Gewinne und die Vermögenslage der Konzerne zu geben. Sie dienen im Gegenteil dazu, Gewinne und Vermögen zu verschleiern. Der Geschäftsbericht — in diesem Falle der Farbwerke Hoechst — ist trotzdem von Bedeutung, weil sonst kaum andere Zahlen verfügbar sind.

Die Umsatzexplosion

Was in dem Geschäftsbericht sofort ins Auge springt, ist die Umsatzexplosion. 1968 konnten die Farbwerke einen Weltumsatz von 7992 Mill. DM erzielen. Im Vergleich zu 1967 mit 6660 Mill. DM bedeutet das eine Steigerung von mehr als 20 Prozent. Gegenüber 1958 (1958 Mill. DM), also binnen eines Jahrzehnts, hat sich der Umsatz sogar vervierfacht. Selbst 1967 konnten die Farbwerke trotz Wirtschaftsrezession mit einem Umsatzplus von 13,3 Prozent aufwarten.

Diese Umsatzsteigerung von 13,3 Prozent wurde mit einer nur um 0,6 Prozent vergrößerten Belegschaft erreicht. Der Vorstands-Vorsitzende Winnacker sagte dazu vor der ordentlichen Hauptversammlung des Vorjahres im Juni 1968: „...Damit werden die beiden Jahre 1967 und 1968 bei starker Erhöhung der Produktion eine beachtliche Steigerung des Pro-Kopf-Umsatzes mit sich bringen, der sich immer mehr amerikanischen Maßstäben nähert.“ Das hinderte ihn nicht, über 5,2 Prozent Lohnerhöhung zu jammern: „Es wird ständiger Maßnahmen zur Automatisierung und Rationalisierung bedürfen, um alle diese Kosten aufzufangen.“

Inzwischen liegen die Ergebnisse vor: der Pro-Kopf-Umsatz ist von 84 400 DM im Jahre 1967 auf 97 000 DM im Jahre 1968 gestiegen; das ist eine Zunahme von 15 Prozent. 1969 wird ein Gesamtumsatz von 9 Milliarden DM erwartet. Riesige Umsätze bedeuten auch riesige Gewinne, die sich in

ebensolchen Investitionen niederschlagen.

Der Investitionsrekord

Die Investitionen erreichten 1968 ein Rekordergebnis von 1227 Mill. DM. Das sind 173 Mill. DM oder 16,4 Prozent mehr als 1967. Gegenüber den Investitionen in Höhe von 287 Mill. DM im Jahre 1958 ist das eine Steigerung um mehr als das Vierfache. 596 Mill. DM wurden 1968 durch Abschreibungen gedeckt, das sind fast 50 Prozent aller Investitionen oder fast 90 Prozent der Investitionen in Sachanlagen, ohne die der schnellen Expansion dienenden Investitionen zur Erweiterung der Beteiligungen.

Im Geschäftsbericht steht: „Entsprechend unserer langfristigen Geschäftspolitik hat sich die Struktur der Investitionsausgaben weiter verlagert. Während die Aufwendungen für inländische Sachanlagen von 775 auf 657 Mill. DM zurückgingen, erhöhten sich die Investitionen für Beteiligungen von 279 auf 570 Mill. DM. Dabei hat sich der Schwerpunkt der Zugänge vom Erwerb inländischer Beteiligungen mit 253 Mill. DM auf die ausländischen Beteiligungen mit 317 Mill. DM verlagert.“

Diese Strukturverlagerung der Investitionen auf den Erwerb von Beteiligungen verweist eindeutig auf ein verschärftes Tempo der Konzentration. Was sich auf diesem Gebiet allein innerhalb eines Jahres im Einflußbereich der Farbwerke Hoechst abspielte, ist im Geschäftsbericht so zu lesen: „...Erwerb weiterer Anteile an der Chemie-Verwaltungs-AG, der Süddeutschen Chemie-Faser-AG und der Synthese-Kautschuk-Beteiligungsgesellschaft mbH. Ferner wurden die restlichen Anteile der Reichhold Chemie-AG und der Verwaltungsgesellschaft für Chemiewerte mbH erworben. Außerdem wurden die Farbwerke Schroeder und Stadelmann AG, Oberlahnstein, und die Firma Marbert-Kosmetik, Düsseldorf, übernommen.“

Hoechst kauft also Betriebe samt ihre Belegschaften wie die Hausfrau Gemüse und Kartoffeln.

Zur Verschleierung der tatsächlichen Ausbeutung tut man einiges, um die Illusion vom Volkskapitalismus zu verbreiten. Jedem Arbeiter und Angestellten wurden zwei Aktien im Nominalwert von 50 DM zu 137,50 DM angeboten. Die Differenz zum Kurswert (insgesamt 6 Mill. DM) trug die Firma; 6 Millionen für immerhin 91 000 Arbeiter und Angestellte. Das ist ungefähr die gleiche Summe, die 1968 für 29 Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates ausgegeben wurde. Aus den durchschnittlichen Bezügen der Vorstandsmitglieder ergibt sich für diese ein Stundenlohn von 163 DM.

Die Aktionäre erhielten, außer 20 Prozent Dividende, Gratisaktien im Verhältnis 20 : 1, also auf je zwanzig alte Aktien eine neue. Die Tatsache ist mit „Aufstockung des Aktienkapitals aus den Rücklagen“ beschrieben. Unter Berücksichtigung des Kurswertes (275 DM für die 50-DM-Aktie am 18. 6. 69) stellen die Gratisaktien ein Geschenk von 368 Mill. DM dar. 6 Mill. DM für die Arbeiter und Angestellten — 368 Mill. DM für die Aktionäre!

Der ausgewiesene Gewinn

Der Gewinn für 1968 vor Abzug der Steuern wird mit 704 Mill. DM ausgewiesen: das sind 57 Prozent mehr als im Vorjahr. Nach Abzug der Steuern verbleiben 303 Mill. DM, 42 Prozent mehr als 1967.

Nach Zeitungsberichten zahlten die Farbwerke den höchsten Dividendebetrag, den je eine deutsche AG ausgeschüttet hat. Selbst eine so unternehmerfreundliche Zeitung wie die „Frankfurter Neue Presse“ war am 18. 4. 1969 — Wochen vor der Hauptversammlung — versucht, folgenden Vergleich anzustellen:

„In 13 Jahren zwischen den beiden Weltkriegen hat die damals mächtige IG-Farbenindustrie insgesamt 835 Mill. RM Dividenden ausgeschüttet. Heute zahlen die drei Farbenachfolger Hoechst, Bayer und BASF allein für das Jahr 1968 — 771 Mill. DM, und wenn es gar zu den Hoechster Stockdividenden in dem vermuteten Umfang kommt, dann werden sie in den nächsten Wochen für ein ganzes Jahr genau soviel in DM gewähren, wie einst IG Farben in dreizehn Jahren RM ausschüttete!“

Die Hoechster Bilanz hat nicht nur die enorme Ertragskraft dieses Unternehmens, das für viele steht, deutlich gemacht, sondern ebenso das Ausmaß der Bereicherung der Aktionäre und des Gesamtkonzerns an der Arbeitskraft der Belegschaft sichtbar werden lassen. Sie hat zugleich bewiesen, wie berechtigt und realistisch Lohn- und Gehaltsforderungen der Chemiearbeiter — nicht nur bei Hoechst — sind. Josef Knecht

IGM: Sicherheit für Angestellte

Gemeinsame Interessenlage mit den Arbeitern 6. Angestelltenkonferenz der IG Metall in Bremen

Fragen der beruflichen und sozialen Sicherung der Angestellten standen im Vordergrund der Beratungen auf der 6. Angestelltenkonferenz der IG Metall, die am 12. und 13. September 1969 in Bremen stattfand. Der „springende Punkt“ der Angestelltenarbeit, so kennzeichnete Heinz Dürrbeck vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall die Gesamtsituation, sei die immer stärker werdende Erkenntnis, daß sich gewerkschaftspolitischer Fortschritt überhaupt und auf lange Sicht gesehen nur erzielen lasse, wenn Arbeiter und Angestellte zusammenwirken.

Rund 210 000 in der IG Metall organisierte Angestellte wurden von 264 Delegierten vertreten. Mehr als 100 Anträge und Entschlüsse wurden beraten und entschieden. Breiten Raum nahmen die Rationalisierungsmaßnahmen ein, die immer stärker auch die Angestelltenberufe erfassen. In einem Antrag wird dazu gefordert, daß die Angestellten vor willkürlichen Untersuchungsmethoden von Betriebsberatungsfirmen geschützt und dem Betriebsrat Rechte eingeräumt werden, um mögliche Willkürmaßnahmen zu verhindern.

Gegen Zersplitterung

Mit besonderem Nachdruck wenden sich die Angestellten-Delegierten gegen die Versuche von CDU/CSU und der SPD, in das Betriebsverfassungsgesetz einen noch weitergehenden „Minderheitenschutz“ einzubauen, der zur Atomisierung der Betriebsratsarbeit führen und künstliche Rivalitäten erzeugen würde. Durch die Rationalisierung und Automatisierung der Angestelltentätigkeiten werde die betriebliche Berufsausbildung immer schwieriger, heißt es in einer weiteren Entschlußung. Um so dringlicher sei die Einführung des bezahlten Bildungsurlaubs für die notwendige gesellschaftspolitische und berufsbezogene Fort- und Weiterbildung geworden. Besonders die Grundausbildung der Angestellten müsse verändert werden.

Weitere Beschlüsse fordern die Herabsetzung der Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung auf 60 bzw. 55 Jahre für Männer und Frauen. Die Altersruhegelder und Erwerbsunfähigkeitsrenten sollen auf 75 Prozent des Arbeitsentgeltes angehoben werden. Als dringend notwendig wird ein verbesserter Kündigungsschutz für ältere Angestellte bezeichnet. Tarifpolitisch werden gemeinsame Manteltarifverträge für Arbeiter und Angestellte verlangt.

Im politischen Bereich forderten die Delegierten das Verbot der NPD und die Wiederanhebung der Kilometerpauschale. Nach einer kritischen und ausführlichen Diskussion über die konzertierte Aktion fixierte der Angestelltentag beschlußmäßig seine Auffas-

sung, daß diese Bonner Einrichtung nicht dazu dienen dürfe, die Tarifautonomie der Gewerkschaften durch Lohnleitlinien einzuschränken. Sollte die konzertierte Aktion die Gewerkschaften in ihrer Handlungsfreiheit beschränken, so müßten „Konsequenzen“ gezogen werden.

Offensichtlich haben die meisten Delegierten übersehen, daß die Beschränkung der gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit durch die konzertierte Aktion nicht ein Fall ist, der künftig vielleicht eintreten könnte, sondern ein Fakt, der in den letzten Jahren die Wirklichkeit war. Als Folge der durch „konzertiertes“ Verhalten der Gewerkschaften zu niedrig ausgefallenen Lohn- und Gehaltserhöhungen kam es bekanntlich zu der spontanen Streikwelle in zahlreichen Branchen der Wirtschaft.

Otto Brenner benutzte den Angestelltentag seiner Gewerkschaft zu einer Stellungnahme zu den Streiks. In dem wegen Abwesenheit Brenners verlesenen Referat heißt es, Streiks, auch sogenannte „wilde Streiks“ seien kein nationales Unglück. Die Arbeiter und Angestellten fühlten sich angesichts der offenkundigen Gewinnexplosion auf der Unternehmenseite benachteiligt. Insbesondere wandte sich Brenner gegen die mitbestimmungsfreudige These, wonach die Mitbestimmung nicht viel wert sein könne, da die Streiks hauptsächlich die paritätisch mitbestimmte Montanindustrie betroffen hätten. Die Mitbestimmung, entgegnete Brenner, könne nicht die Aufgabe der Tarifvertragsparteien ersetzen, für die Arbeitnehmer annehmbare Lohn- und Gehaltsvereinbarungen zu treffen. Sie sei auch keine Versicherung gegen Streiks und würde ihren Zweck verfehlen, wenn sie dazu beitragen würde, Konflikte zu verschleiern.

Zunehmende Bedeutung der Angestellten

Das Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall Heinz Dürrbeck unterstrich in seinem Referat über Rolle und Probleme der Angestelltenarbeit das wachsende Vertrauen der Angestellten in die Ge-

werkschaft. Von 1965 bis zum Zeitpunkt der 6. Angestelltenkonferenz 1969 sei die Zahl der Angestellten-Mitglieder von 175 000 auf 210 000 gestiegen. Das entspreche einem Organisationsverhältnis von 25 Prozent aller potentiell organisierbaren Angestellten. Der Anteil der Angestellten an der Gesamtmitgliederzahl der IG Metall entspricht bei über 2 Millionen allerdings nur rund 10 Prozent.

Bei der ständig wachsenden Zahl der Angestellten, sowohl absolut als auch im Verhältnis zu den Arbeitern, wird das Gewicht der Angestellten in der Gewerkschaftsarbeit immer größer. Daraus würden sich für die Gewerkschaftsbewegung entscheidende Konsequenzen ergeben, sagte Dürrbeck. Die gemeinsame Interessenlage von Arbeitern und Angestellten werde immer deutlicher und deren gemeinsame Vertretung immer dringlicher.

Im Vordergrund gewerkschaftlicher Aufgaben stehe die Abwendung negativer Folgen der Rationalisierung, die in den Verwaltungen und Büros „mit voller Wucht eingebrochen“ sei. Dürrbeck nannte drei Arten der Rationalisierung, die im Bereich der IG Metall zu beobachten seien:

- Umbau der Organisationsstruktur mit Übergang zum ertragsorientierten Management;
- Rationalisierung und Technisierung aller Angestelltenbereiche;
- Einführung von Methoden der Zeitermittlung mit dem Ziel der Pensumvorgabe und Personaleinsparung auch bei Angestelltentätigkeiten.

Wirksame Mitbestimmung

Sowohl in Anträgen als auch in den Arbeitskreisen bildete die Forderung nach mehr und wirksamer Mitbestimmung ein zentrales Thema. In einer Entschlußung wird die Neuregelung der Betriebsverfassung und die Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung gefordert, da die wesentlichen Entscheidungen sich zunehmend aus den Betrieben in neugeschaffene Unternehmensbereiche verlagerten. Im Arbeitskreis IV, der sich mit Möglichkeiten einer wirksamen Interessenvertretung der Angestellten in den Organen der Betriebsverfassung beschäftigte, wurde festgestellt, daß eine ausreichende Interessenvertretung nur bei Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung möglich sei. Alle unternehmerischen Planungs- und Entscheidungszentren müßten der Mitbestimmung unterworfen sein.

Die 6. Angestelltenkonferenz der IG Metall hat für die Angestellten der von dieser Gewerkschaft betreuten Industriezweige Lösungswege für ihre sozialen und gesellschaftlichen Probleme gezeigt. Es ist klar, daß sie nur gemeinsam mit der Gewerkschaft erfolgreich beschrritten werden können.

K. Kilian

Auf Eis gelegt?

In den Gewerkschaften verfolgt man besorgt die Diskussion um die Behandlung der qualifizierten Mitbestimmung durch die SPD-FDP-Koalition. Alles deutet darauf hin, daß die gesellschaftspolitische Hauptforderung des DGB, die Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Großunternehmen, erst einmal vom Tisch kommen soll. Statt dessen wird, wie es die Unternehmer und die CDU in den letzten Jahren zur Ablenkung vom Wesen der Frage empfohlen, die Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes angeboten.

Die Novellierung dieser Gesetze nach den Vorstellungen des DGB ist ohne Zweifel wichtig und muß der neuen Regierung unabdingbar als Forderung präsentiert werden. Aber sie ist nur Teil des weitergehenden Mitbestimmungskonzeptes, das auch die Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung und die Entwicklung von Formen der gesamtwirtschaftlichen Mitentscheidung zum Inhalt hat.

Die Massenmedien der Unternehmerschaft berichten zufrieden von einem „Stillhalteabkommen“, das Georg Leber mit dem DGB ausgehandelt habe, um der SPD die Koalitionsbildung mit der mitbestimmungsfeindlichen FDP zu erleichtern. Fest steht auch, daß die paritätische Mitbestimmung aus dem Programm der neuen Koalition ausgeklammert wurde. Der DGB-Vorsitzende Vetter dementierte am 8. Oktober ganz entschieden die Existenz eines angeblichen Stillhalteabkommens. Andererseits aber muß man sich wundern, daß ganz im Sinne der Stillhaltegerüchte in dem Leitartikel Veters in der „Welt der Arbeit“ vom 3. 10. 1969 die paritätische Mitbestimmung in dem Katalog der Forderungen an die neue Regierung nicht mehr auftaucht. Zufall?

Inzwischen hat der DGB-Bundesvorstand deutlich gemacht, daß dieses Kernstück der Mitbestimmung „auf dem Tisch“ bleibt. Otto Brenner sagte, die Forderungen der Gewerkschaften vor der Wahl gelten auch jetzt weiter. In allen Gewerkschaften, von der Ortsebene bis in die Spitze, wird in diesen Tagen der Wille bekräftigt, die Mitbestimmung durchzusetzen. Aber wann? Schon tauchen im Zusammenhang mit der paritätischen Mitbestimmung neue Vokabeln auf wie: „langfristiges Ziel“. Das kann aber nicht gut möglich sein, wenn noch der letzte DGB-Bundeskongreß im Mai 1969 die Verwirklichung der Mitbestimmung „noch in dieser Legislaturperiode“ forderte. Die war am 28. September zu Ende.

Die neue — sechste — Legislaturperiode muß endlich die politische und gesetzliche Entscheidung bringen. G. S.

Vor 20 Jahren DGB-Gründung

Vor 20 Jahren, am Spätnachmittag des 13. Oktober 1949, leitete Hans Böckler mit dem Satz: „Der historische Augenblick ist nun gekommen“, die Abstimmung ein: Ohne Gegenstimmen beschlossen die Delegierten der 16 westdeutschen Gewerkschaften in München die Gründung des „Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland“. Der Gründung selbst war eine lange und lebhaft diskutierte im Gewerkschaftsrat und in den Gewerkschaften vorausgegangen, die sich selbst noch bis hinter die Kulissen des Münchner Kongresses fortsetzte.

Das war verständlich, denn es mußten nicht nur die Vorstellungen von 16 Gewerkschaften, sondern auch die von acht regionalen Gewerkschaftsbünden unter einen Hut gebracht werden. Aber über allem Widerstreit siegte doch die Erkenntnis, daß die Gewerkschaften ihre Aufgaben in der neugegründeten Bundesrepublik nur bewältigen würden, wenn sie einheitlich und geschlossen handelten. Und so konnten schließlich die 16 Gewerkschaftsvorsitzenden die Gründungs-urkunde unterzeichnen, und Hans Böckler schloß den Gründungsakt ab mit den Worten: „Wir haben unseren Bund und mit ihm die Garantie auf eine für alle Schaffenden glücklichere Zukunft.“

Daß mit der Gründung des DGB gleichzeitig die Teilung Deutschlands in zwei Staaten praktisch akzeptiert worden war, kam nur wenigen Delegierten zum Bewußtsein. Da aber auch der Antrag des Gewerkschaftsrates, dem in der Gründung befindlichen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) beizutreten, gegen wenige Stimmen angenommen wurde — der Badische Gewerkschaftsbund hatte gefordert, der neugegründete DGB solle sich dem Weltgewerkschaftsbund anschließen — gab es auch keine einheitliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland mehr.

Der wenige Wochen nach dem Münchner Kongreß konstituierte IBFG wurde von Beginn an unter dem Einfluß der finanziell starken US-Gewerkschaften auf eine stramm antikommunistische, wenn nicht sogar antisozialistische Linie getrimmt. Die Folge war, daß damit auch die letzten Kontakte zwischen den westdeutschen Gewerkschaften und dem FDGB in der DDR, der sich dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen hatte, abbrachen.

Wer am Münchner Gründungskongreß teilgenommen hatte oder sich später an dem Protokoll orientierte, wird feststellen müssen, daß nicht alle hohen Erwartungen, die sich mit der Gründung des DGB verbanden, in Erfüllung gingen. Die vor 20 Jahren als endgültig abgetan angesehenen kapitalistischen Eigentums- und Macht-

verhältnisse haben sich restauriert. Die Zahl der Herrschenden in der Wirtschaft ist zwar kleiner, aber ihre Herrschaft perfekter, und die Zahl der Beherrschten größer und ihre Abhängigkeit ausschließlicher.

Zwar hat sich die soziale Lage der Lohn- und Gehaltsempfänger im Zuge einer rasanten Steigerung der Arbeitsproduktivität wesentlich verbessert — und das ist ohne Zweifel ein Verdienst der im DGB vereinten Gewerkschaften; aber die Grundsatzforderungen des Gründungskongresses in München:

Wirksame Mitbestimmung — Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und der marktbeherrschenden Konzerne sowie die Sicherung der Vollbeschäftigung nicht nur im Zeichen der Hochkonjunktur, stehen auch heute noch auf der Tagesordnung.

Vereinbarung mit BfG über mehr Mitbestimmung

Zwischen der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und dem Vorstand sowie dem Gesamtbetrieb der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) ist am 25. September 1969 eine Betriebsvereinbarung über die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte in der gewerkschaftseigenen Bank abgeschlossen worden. Dabei wurden, wie der DGB mitteilte, die Mitbestimmungsrechte „unter Beachtung der Entwürfe des DGB und der SPD zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes wesentlich erweitert“.

Künftig unterliegen bei der BfG alle sozialen Angelegenheiten, auch wenn sie nur einzelne Arbeitnehmer betreffen, der Mitbestimmung. Im personalen Bereich fallen neben Einstellungen, Kündigungen, Versetzungen und Umsetzungen alle gehaltlichen Veränderungen — auch bei außertariflich bezahlten Angestellten — sowie die Erteilung von Handlungsvollmachten unter die Mitbestimmung des Betriebsrats.

Neben ergänzenden Bestimmungen zur Regelung des Verhältnisses zwischen Jugendvertretung und Betriebsrat enthält die Vereinbarung Regelungen zur Bildung einer Gesamtjugendvertretung. Ein Vertreter der Gesamtjugendvertretung kann künftig an den Sitzungen des Gesamtbetriebsrats teilnehmen. Außerdem wird sich der Wirtschaftsausschuß, der bislang paritätisch besetzt war, künftig ausschließlich aus Vertretern der Arbeitnehmer zusammensetzen.

Probleme der Landarbeiter

Sozialer Fortschritt in der EWG soll forciert werden 5. Konferenz der EWG-Landarbeitergewerkschaften

Um 626 000 oder 29 Prozent hat sich in den letzten 20 Jahren in der Bundesrepublik die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe vermindert. In der Größenordnung unter 10 ha sind jeweils über 40 von 100 Höfen aufgegeben worden. Diese Entwicklung geht weiter, nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und stellt die Landarbeiter und ihre Gewerkschaften vor schwierige Aufgaben. Das erklärte der Vorsitzende der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Alois Pfeiffer, auf der 5. Konferenz der im IBFG vereinten Landarbeitergewerkschaften in der EWG. Die Konferenz fand am 22. und 23. September 1969 in Dortmund statt.

Wie Pfeiffer in seinem Referat mitteilte, haben sich parallel zu dieser Entwicklung der Vernichtung kleiner bäuerlicher Existenzen auch „alle Kategorien der in der Landwirtschaft Tätigen“ vermindert, besonders jedoch die ständigen Lohnarbeitskräfte. Ihre Zahl sank von 766 000 im Jahre 1950/51 auf 183 000 im Jahre 1967/68. Die ständigen Familienarbeitskräfte gingen von 4,4 auf 2,1 Millionen zurück. Der Weg zur größeren landwirtschaftlichen Produktionseinheit sei „ganz klar“ vorgezeichnet. Dabei würden sich zwei Alternativen anbieten: 1. das große moderne Privatunternehmen „Mansholtscher Vorstellung“ und 2. die Form der Genossenschaft oder Kooperation zur Produktionseinheit. Pfeiffer glaubt allerdings, daß vor allem der privatwirtschaftliche Großbetrieb auf dem Lande „eine absolute und relative Zunahme bei der Beschäftigung von Lohnarbeitern“ erwarten lasse. Der genossenschaftlichen Lösung räumt er in dieser Hinsicht wenige Chancen ein.

Ausführlich befaßte sich der GGLF-Vorsitzende, der in Dortmund als Nachfolger des früheren Gewerkschaftsvorsitzenden Hellmut Schmalz zum Präsidenten der EWG-Landarbeiterföderation gewählt wurde, mit der sozialen Lage der westdeutschen Landarbeiter. So hätten die Löhne mit den Verkaufserlösen der landwirtschaftlichen Betriebe nicht Schritt gehalten. Einer Steigerung der Verkaufserlöse bis 1967/68 gegenüber der Vorkriegszeit auf das Fünffache und der Bruttoüberschüsse auf 560 Prozent sei der Index der Lohnsumme nur bis auf 254 gefolgt. Dementsprechend sei die Lohnquote von 14,5 auf 7 Prozent der Erlöse bzw. von 19,7 auf 9,6 Prozent der Ausgaben gesunken. Man müsse festhalten: Der Lohn des einzelnen wurde erhöht, die Lohnsumme blieb insgesamt etwa gleich, und die Lohnquote ist gefallen.

Pfeiffer forderte die Landarbeitergewerkschaften im EWG-Raum dazu auf, energisch für die Verbesserung der sozialen Lage der in der Landwirtschaft Beschäftigten zu kämpfen. Die rund 100 Delegierten aus den Ländern der EWG faßten entsprechende Beschlüsse. In einer Entschließung werden indu-

striegleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen gefordert, ferner die Beseitigung der Lohndifferenzen zwischen Männern und Frauen, der geographisch begründeten Lohnunterschiede und die Zahlung höherer Zuschläge für gesundheitsgefährdende Arbeiten, Nacharbeiten sowie Sonn- und Feiertagsarbeiten. Die Lohngruppen und ihre Bewertung in den Tarifverträgen soll besser an die tatsächlichen Tätigkeiten der jeweiligen Arbeitskräfte angepaßt werden.

Schließlich verlangten die Delegierten der westeuropäischen Landarbeitergewerkschaften die Verbesserung der Wohnverhältnisse auf dem Lande, der Arbeitsschutzbestimmungen und der Aus- und Weiterbildung der Arbeiter.

Um weltweite Koordinierung

In Lüttich fand vom 23. bis 25. September 1969 eine vom Internationalen Metallarbeiterbund des IBFG veranstaltete Konferenz statt, die sich mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage in der Eisen-, Stahl-, Aluminium- und Kupferindustrie der kapitalistischen Welt beschäftigte. Die Abteilkonferenz des IMB, an der 80 Delegierte von Metallgewerkschaften teilnahmen, die fast 3 Millionen Arbeitnehmer dieses Industriezweiges vertreten, empfahl den zuständigen Gewerkschaften die Koordinierung ihrer Arbeit zu einer weltweiten gemeinsamen Aktion für die Harmonisierung der Lohn-, Arbeits- und Sozialbedingungen in diesen Industriezweigen.

Der Katalog detaillierter Forderungen umfaßt u. a. eine weltweite Strukturpolitik für die Eisen- und Stahlindustrie, die öffentliche Kontrolle der Investitionsvorhaben unter Beteiligung der Gewerkschaften, wirtschaftliche und soziale Planungsmaßnahmen beim Aufbau der Stahlindustrien in den Entwicklungsländern sowie die Verwendung eines Teils der von der Stahlindustrie realisierten Gewinne für die Anhebung der Arbeitnehmer-

Für aus der Landwirtschaft ausscheidende Arbeitskräfte müsse bei älteren eine „vollkommene soziale Absicherung“ erfolgen, die jüngeren sollen ohne Lohnverlust rechtzeitig umgeschult werden.

Weiter streben die Gewerkschaften nach Koordinierung und Harmonisierung der Tarifpolitik. Systematisch müßten die Tarifverträge hinsichtlich ihres Inhaltes und ihrer Laufzeit verglichen werden. Die Gewerkschaften erklärten ihre Entschlossenheit, die Unterschiede hinsichtlich der Arbeitszeit und der Löhne „zu beseitigen, und zwar — wenn nicht auf dem Wege von frei abgeschlossenen Absprachen — dann durch gewerkschaftliche Aktionen“.

Etwas zu viele Worte und Energie verwendeten die Repräsentanten der Landarbeitergewerkschaften auf die Beschwörung einer Weiterentwicklung der EWG, dieses den ökonomischen und politischen Interessen der Großproduzenten entsprechende Gebilde. Als würde sich vor allem dadurch und nicht durch konsequente Auseinandersetzung mit den Unternehmern für die Landarbeiter irgendetwas verbessern, verlangten sie gemeinsam mit Politikern wie Mansholt und Höcherl nach der politischen Einigung Europas, sprich: Vollendung der EWG. Die soziale und gesellschaftliche Wirklichkeit auf dem Lande verlangt vielmehr das vordringliche Engagement für den Kampf um die Verwirklichung der Landarbeiterinteressen. -ert

einkommen in den Entwicklungsländern und für die Verbesserung der dortigen Arbeits- und Sozialbedingungen. Weiter forderte die Konferenz einen weltoffenen Stahlhandel, eine sozial- und gesamtwirtschaftlich orientierte Wettbewerbspolitik, langfristige Beschäftigungssicherung, inner- und überbetriebliche Demokratisierung

Für die Kupfer- und Aluminiumindustrie gelangte die IMB-Konferenz zu der Feststellung, daß diese beiden Wirtschaftszweige im wesentlichen von internationalen Monopolen beherrscht werden. Während die Rohstoffbasis in den Entwicklungsländern liege, sei die Weiterverarbeitung größtenteils in Industrieländern konzentriert. Aufgrund ihrer Monopolstellung auf dem Weltmarkt würden die Gesellschaften mit einer jährlichen Rentabilität von über 20 Prozent arbeiten. Sie wären darum imstande, eine wesentliche Rolle beim Aufbau der Entwicklungsländer zu spielen. Die Konferenz forderte deshalb, daß die Entwicklungsländer über ihre Rohstoffquellen und den industriellen Aufbau selbst die Kontrolle ausüben. MP

Preiswelle rollt DM-Aufwertung und was dann?

Die Preisentwicklung ist wieder stärker nach oben gerichtet. Das heißt, die D-Mark wird immer weniger wert. Die Kaufkraft schwindet, die schleichende Inflation greift um sich. Das Gerede von der Geldwertstabilität ist dahin. Es gibt keinen „Aufschwung nach Maß“ und auch keine stabile D-Mark.

Der neue Steinkohlenkonzern hat mit der Kohlenpreiserhöhung um 10 Prozent „als Folge der Lohnerhöhungen“ einen schrillen Anpfiff für den neuen Wettlauf der Preise gegeben. Obgleich der Bergmann pro Stunde von Jahr zu Jahr weitaus mehr Kohle fördert als er prozentual an Lohnzulage bekommt, wird er von den Preistreibern zum Sündenbock erklärt. Die Kohlenmanager und Aktienpaketbesitzer sind klug genug, nicht öffentlich zu erklären: Wir warten schon lange auf eine gute Gelegenheit, über Preissteigerungen unseren Profit zu erhöhen. Sie nennen es anders: Weil die Löhne und Gehälter erhöht werden mußten, müssen die Preise steigen. Das klingt so schön unschuldig für die einfältigen Gemüter und wirkt abschreckend zugleich auf alle, die auch höhere Löhne wollen. Am Ende steht für die Zechenherren das gleiche Ergebnis: höherer Profit.

Nach dem gleichen Motto sind nun auch andere Branchen angetreten. Auf der Anuga in Köln erklärten die Vertreter der Lebensmittelindustrie, die Preise müßten wegen gestiegener Lohnkosten erheblich steigen. Im Baugewerbe sind sie im laufenden Jahr — „wegen Lohnerhöhung“ um 6 Prozent — um 12 Prozent und darüber gestiegen. Die Bauunternehmer haben die Fortsetzung dieses Trends angekündigt. Sogar die Stahlkonzerne sind kühn genug, abermals von „unvermeidlichen“ Preisanhebungen wegen der Streiks und Lohnsteigerungen zu reden. Das obgleich hinreichend bekannt ist, daß die Streiks in der Montanindustrie wesentlich dadurch ausgelöst wurden, weil z.B. die Profitexplosion in der eisenschaffenden Industrie für jedermann offenkundig geworden war und für wichtige Produkte zur Verdoppelung und Verdreifachung der Preise binnen weniger Monate führte.

In Wirklichkeit sollen die verteuerten Lohn- und Gehaltserhöhungen nur das Feigenblatt für die nackte Gewinnsucht der Unternehmerschaft abgeben. Der DGB wies am 12. September 1969 in einer Erklärung zu den Preissteigerungen mit Recht darauf hin, daß die Preise in den letzten Jahren selbst in solchen Branchen erhöht wurden, die nachweislich sinkende Lohnkosten zu verzeichnen haben. Die neue Preislawine sollte für die Gewerkschaften vielmehr Anlaß sein, den Kampf für die Steigerung der Arbeiter- und Angestellteneinkommen zu verstärken.

Sb.

Das Problem der Währungsstabilität bleibt ungelöst Aktive Lohnpolitik u. Mitbestimmung stabilisierend

Die Aufwertung der Deutschen Mark und die Neufestsetzung der Parität zum Dollar und zu allen am Dollar orientierten Währungen ist praktisch beschlossene Sache. Die Freigabe des DM-Kurses an den internationalen Devisenbörsen am Tage nach der Bundestagswahl hat bereits einen Aufwertungseffekt von gut 6 Prozent gebracht. Es bedarf nur noch der offiziellen Festsetzung des neuen Wechselkurses durch die Bundesregierung. Es dürfte sicher sein, daß darin eine ihrer ersten Entscheidungen besteht. Aber, so fragen sich die Arbeiter und Angestellten in ihrer Eigenschaft als Verbraucher, hat die vielbeschworene DM-Aufwertung für sie einen Nutzen?

Eine De-facto-Aufwertung um 6 Prozent (der bevorstehende Regierungsbeschluß mag noch höher ausfallen) bedeutet eine Verteuerung der westdeutschen Exporte um den gleichen Prozentsatz und eine ebensolche Verbilligung der Importe. Da gleichzeitig (bis nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe) auch die während der großen Spekulationswelle gegen die D-Mark im November 1968 beschlossenen, unter der Bezeichnung „Ersatzaufwertung“ bekanntgewordenen Ex- und Importabgaben in Höhe von 4 Prozent in Kraft waren, betrug die tatsächliche Aufwertung eine Zeitlang sogar 10 Prozent. Aber wie schon vorher bei der Abwertung des französischen Franc oder des britischen Pfundes, die allerdings nur sektoral wirken konnten, ist von Preissenkungen nichts zu spüren!

Unter den Bedingungen der kapitalistischen Profitwirtschaft sind Währungsabwertungen im Ausland und -aufwertungen im Inland nur zusätzliche günstige Gelegenheiten zur Vergrößerung der Profitspanne der Monopole und großen Ex- und Importunternehmen. Billigere Einkaufsmöglichkeiten werden nicht an den Verbraucher weitergegeben. Vielmehr steigen die Preise in allen Konsumbereichen unverdrossen weiter. Man muß jedoch berücksichtigen — und da trifft die Importeure keine Schuld —, daß bei Agrarimporten aus anderen EWG-Ländern alle billigen Einkaufsvorteile durch staatliche Ausgleichsabgaben auf Grund der Marktordnungen wieder zunichte gemacht werden.

Die Frage, wem die Aufwertung der D-Mark nützt, ist damit im Wesen schon beantwortet: den Lohnabhängigen, den Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht; sie bringt lediglich den Besitzern von Produktionsmitteln und Waren respektable Extraprofite — und den Devisenspekulanten. In den zwei Tagen vor Schließung der Devisenbörsen in der Bundesrepublik waren für 6 Milliarden DM Devisen ins Land geflossen; am 29. September noch einmal für 1 Milliarde DM. Diese 7 Milliarden Spekulationsgelder, die in- und ausländischen Kapitalbesitzern gehören,

haben an der 6prozentigen De-facto-Aufwertung der Mark mit einem Schlage mindestens 420 Millionen DM verdient. Dagegen ist die Tatsache, daß bundesdeutsche Urlauber im Ausland pro 100 ausgegebene DM 6 Mark einsparen, absolut unbedeutend.

Die jüngste Spekulationswelle gegen die D-Mark — die dritte seit November 1968 — und der daraus resultierende Anstoß zur Aufwertung werfen die Frage nach den Ursachen für diese Währungsstabilität auf. Zunächst einmal besteht das Grundübel darin, daß im kapitalistischen Wirtschaftssystem selbst das Zahlungsmittel, das Geld, ebenso eine Ware ist wie irgendwelche anderen materiellen Güter. Das Profitsystem des Kapitalismus hat den Umgang mit Zahlungsmitteln soweit „liberalisiert“, daß dem weltweiten Handel mit nationalen Währungen und damit der Spekulation kaum noch Grenzen gesetzt werden.

Eine weitere Krisenanfälligkeit der Währung resultiert aus der unterschiedlichen Entwicklung der kapitalistischen Länder, sowohl hinsichtlich des Wirtschaftswachstums als auch der Preise bzw. des inflationistischen Trends, aber auch der Löhne und Gehälter. Die Planlosigkeit der Produktion, trotz aller verschärfter Regulierungsmaßnahmen durch den Staat, setzt nicht nur die Politik, sondern auch die Währungssysteme der kapitalistischen Länder immer größeren Widersprüchlichkeiten aus.

Die Bonner Politiker aller Koalitionen, auch der neuen SPD-FDP-Konstellation, machen es sich leicht, wenn sie auf die Währungsmisere zu sprechen kommen. Sie versuchen dieser Seite kapitalistischer Wirtschafts-anarchie sogar noch den nationalistischen Glanz bewunderungswürdiger Einmaligkeit „der Deutschen“ abzugewinnen, indem sie die „Festigkeit“ und „Überlegenheit“ der D-Mark gegenüber anderen Währungen hervorheben. **In Wirklichkeit ist mit der DM-Aufwertung kein Problem gelöst worden. Die Währungsspekulation wird nach einer gewissen Verschnaufpause erneut einsetzen, insbesondere aber ist mit der Aufwertung keine Preisstabilisierung erreicht worden.** Das aber

ist für die Arbeiter und Angestellten das Kriterium der Währungspolitik.

Wirksame Maßnahmen zur Stabilisierung von Währung und Preisniveau müßten ganz anders aussehen. Prof. Bruno Gleitze, der langjährige Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, hat im Zusammenhang mit der vorjährigen DM-Spekulation darauf hingewiesen, daß wesentliche Ursachen dafür in dem zurückgebliebenen bundesdeutschen Lohnniveau liegen. Die im Vergleich zu vielen anderen Ländern niedrigeren Löhne und der durch hohe Preise eingegengte Binnenmarkt würden die Unternehmer in die Lage versetzen, eine aggressive Exportpolitik zu betreiben. Das wiederum führte zu den von Jahr zu Jahr wachsenden Devisenüberschüssen der Bundesrepublik und zu der immer dringlicher werdenden Forderung von außen, Bonn möge die D-Mark aufwerten, um auf diese Weise westdeutsche Exporte zu erschweren und Importe zu erleichtern.

Wenn man es zugespitzt formulieren will, so hat die lohnpolitische Zurückhaltung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik einen gewissen Anteil an dem Entstehen dieser Lage.

Wenn sich die Spekulation nicht schon bald wiederholen soll, wird unverzüglich eine Reihe von Maßnahmen notwendig, zu denen u. a. neben einer höheren Besteuerung der Konzerngewinne und Streichung von Steuergeschenken an die Großunternehmen vor allem die Gewährung des Mitbestimmungsrechts der Gewerkschaften im gesamtwirtschaftlichen Bereich und der paritätischen Mitbestimmung in den Großbetrieben gehört. Die Spekulation mit der Währung unterstreicht aber auch die Berechtigung der kürzlich auf ihrem Gewerkschaftstag von der IG Chemie-Papier-Keramik erhobenen Forderung nach Überführung der Großbanken in Gemeineigentum.

Ferner sind strenge Maßnahmen zur Gewährleistung der Preisstabilität erforderlich. Klar erkanntes Flucht- und Spekulationskapital sollte zugunsten der öffentlichen Hand eingezogen werden.

Ganz besonders aber, und da liegt der Akzent bei den Gewerkschaften, ist eine nachhaltige Steigerung der Massenkaukraft durch Erfüllung der berechtigten Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten erforderlich. Durch die Stärkung des Binnenmarktes auf Kosten der Profite könnte der von der westdeutschen Waren- und Kapitalexportoffensive ausgehende Druck auf die eigene und fremden Währungen spürbar gemildert werden. Ganz beseitigen kann der Kapitalismus seine diesbezüglichen Kalamitäten nicht.

Gerd Siebert

Entwicklung des Menschen

DDR: Bildung der sozialistischen Gemeinschaft
Von W. Beyreuther, Mitglied des FDGB-Präsidiums

20 Jahre sind im Leben eines Volkes eine kurze Zeit. In den vergangenen zwei Jahrzehnten vollzog sich aber in der DDR ein Prozeß, der einmalig in der Geschichte des deutschen Volkes ist. In diesen zwanzig Jahren haben sich die Menschen in unserem sozialistischen Staat deutscher Nation zu bewußten, geistig-kulturell hochstehenden, sozialistischen Persönlichkeiten entwickelt. Diese Wandlung der Menschen bleibt die eindrucksvollste Leistung des zwanzigjährigen Bestehens des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates.

Auf der festen Grundlage der sozialistischen Staatsmacht und der sozialistischen Produktionsverhältnisse entwickelt sich die politisch-moralische Einheit des ganzen werktätigen Volkes. In der in Boston erscheinenden amerikanischen Zeitung „The Christian Science Monitor“ konnte man lesen: „Das Bedeutsamste an der DDR ist ihr Kollektivgeist, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, der gegenseitigen Verantwortung und des Dienstes an der Allgemeinheit . . . Dieses Gefühl der Verantwortung für das Land, den Betrieb, das Team findet man fast überall, besonders bei der Jugend.“ Die Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft in der DDR geht weit über das alte humanistische Ideal hinaus, das Goethe in dem Wort zusammenfaßte: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!“

Sozialistische Persönlichkeit

Die sozialistische Gemeinschaft bedeutet nicht nur Hilfsbereitschaft, Güte, Brüderlichkeit und Liebe zu den Menschen. Im Prozeß der gemeinsamen Arbeit, des Lernens, der Teilnahme an der Planung und Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung und der Gestaltung eines vielfältigen, inhaltsreichen und kulturreichen Lebens entwickelt sich der einzelne zur sozialistischen Persönlichkeit, entwickeln sich die Menschen zur sozialistischen Gemeinschaft. In den Brigaden der sozialistischen Arbeit, in den Hausgemeinschaften, in den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen sowie bei der Entwicklung der sozialistischen Demokratie bilden sich die Elemente der sozialistischen Gemeinschaft heraus.

Stets war dabei die Tätigkeit der Partei der Arbeiterklasse, der SED, und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes darauf gerichtet, den Millionen Werktätigen der DDR zu helfen, den Weg vom „Ich“ zum „Wir“ zu gehen.

Es hat sich bei uns eine weitestgehende Selbstverwirklichung des Menschen vollzogen, was bedeutet, daß seine schöpferische Potenz real freigelegt wurde und für das Wohl der sozialistischen Gemeinschaft eingesetzt wird. Ohne die Erziehung der Millio-

nen Gewerkschaftsmitglieder zum klassenmäßigen und staatsbewußten Denken und Handeln, ohne die Verbreitung der Ideen des Marxismus-Leninismus in den Arbeitermassen wäre diese Entwicklung nicht möglich gewesen.

Deshalb organisierten die Gewerkschaften unter Führung der Partei der Arbeiterklasse eine breite politisch-ideologische Arbeit. Sie halfen, in den Köpfen der Werktätigen Klarheit zu schaffen über die führende Rolle der

Zwanzig Jahre DDR (III)

Zwei Jahrzehnte waren am 7. Oktober 1969 vergangen, seit sich im Osten Deutschlands als Ergebnis der Adenauerschen und westlichen Separations- und Restaurationspolitik die DDR bildete. Aus diesem Anlaß haben wir im August-Heft der NACHRICHTEN mit einer Artikelfolge begonnen, in der prominente Gewerkschafter der DDR mit Exklusivbeiträgen für unsere Leser eine Bilanz von zwanzig Jahren sozialistischer Aufbauarbeit ziehen. Diesen dritten Beitrag schrieb freundlicherweise für uns Wolfgang Beyreuther, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Bundesvorstandes des FDGB.

D. Red.

Arbeiterklasse bei der Durchführung der antifaschistisch - demokratischen und der sozialistischen Revolution in der DDR. Durch ihre Tätigkeit festigten sie das enge Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, der Intelligenz und den anderen Schichten des Volkes. Damit wurden die Möglichkeiten geschaffen, daß sich Beziehungen der Freundschaft und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Menschen entwickeln, daß sich durch immer umfassendere Teilnahme der Werktätigen an der Ausübung der Macht die sozialistische Demokratie hoch entwickelt hat; daß neue moralische Normen an die Stelle von Haben und Besitzen, Vereinzelung

des Menschen und seine Entfremdung getreten sind und daß es dem Menschen unter unseren sozialistischen Bedingungen schließlich möglich wurde, die Gesetze des Guten und der Schönheit in allen Lebenssphären zu beherrschen.

FDGB für Wachstum

Heute vereinen sich Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft, Lebenserfahrung und Weltanschauung — Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Ingenieure, Wissenschaftler, Künstler, Handwerker und Gewerbetreibende — im gemeinsamen Bemühen um die Gestaltung des entwickelten Systems des Sozialismus in der DDR.

Die Interessen aller Klassen und Schichten in der DDR vereinigen sich im Sozialismus. Während in der spät-kapitalistischen westdeutschen Wirtschaft der Profit der Monopole das Ziel der Produktion bestimmt, ist dagegen im Sozialismus, wo alle Werktätigen gleichberechtigte Eigentümer der wichtigsten Produktionsmittel sind, das Ziel der Volkswirtschaft die Befriedigung der Interessen der Werktätigen.

Darum sind das sozialistische Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln und die sozialistische Staatsmacht auch die feste Basis für die enger werden Beziehungen der Klassen und Schichten und ihres Zusammenwachsens zur sozialistischen Menschengemeinschaft.

Ist es daher nicht ganz natürlich, daß sich die Gewerkschaften für das ständige, rasche Wachstum der Volkswirtschaft der DDR einsetzen, da deren verfassungsmäßig verankertes Ziel in der Stärkung der sozialistischen Ordnung, der ständig besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bürger, der Entfaltung ihrer Persönlichkeit und ihrer sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen besteht? In der Entschließung des 7. Kongresses des FDGB wird deshalb erklärt: Gewerkschaftliche Interessenvertretung unter den sozialistischen Bedingungen in der DDR heißt heute, „zielstrebig an der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus mit seinem Kernstück, dem ökonomischen System, mitzuarbeiten“. Als Schulen und Erbauer des Sozialismus leisten die Gewerkschaften eine aktive, lebendige politisch-ideologische Überzeugungsarbeit, um das sozialistische Bewußtsein der Werktätigen ständig zu heben und ihr politisches Handeln und gesellschaftliches Verhalten nach dem Grundsatz: „Sozialistisch denken, ständig lernen, rationell arbeiten, kulturvoll leben“ zu gestalten.

In diesem Prozeß der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wächst die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Etwa 75 Prozent unserer lei-

tenden Funktionäre in Staat und Wirtschaft sind seit 1949 aus der Arbeiterklasse hervorgegangen. Rund 125 000 Arbeiter sind Abgeordnete in den Volksvertretungen. Etwa 180 000 Arbeiter sind Mitglieder von Produktionskomitees und Ständigen Produktionsberatungen und nehmen an der Leitung der volkseigenen Betriebe teil. Die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften stieg von 4,7 Millionen 1950 auf 7 Millionen 1969.

Aus all dem ergibt sich auch eine höhere Verantwortung für die Tätigkeit der Gewerkschaften, der umfassendsten Klassenorganisation der Arbeiterklasse in der DDR. Während in der westdeutschen Bundesrepublik der Arbeiterschaft und ihren Gewerkschaften jede wirksame Mitbestimmung in Betrieb, Wirtschaft und Staat verweigert wird, wurden in der neuen Verfassung der DDR erstmalig auf deutschem Boden die umfassenden Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften verfassungsrechtlich garantiert. Hieraus erwächst ihnen die Aufgabe, diese Rechte im Interessen der Werktätigen voll zu nutzen. Die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR, die Durchführung der Rationalisierungs- und Automatisierungsvorhaben, die Entwicklung eines regen geistig-kulturellen Lebens und der sozialistischen Nationalkultur, die Organisierung einer großen Lernbewegung und die tägliche Interessenvertretung der Werktätigen, all das sind Aufgaben, die für die Gewerkschaften in der DDR neue Maßstäbe setzen.

Hohes Bildungsniveau

Für die Lösung der großen perspektivischen Aufgaben der DDR, der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Vorhaben, wird das Kultur- und Bildungsniveau der Werktätigen zur entscheidenden Vorbedingung. Die Verwirklichung der wissenschaftlich-technischen Revolution auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse heißt nicht nur Automation, Mechanisierung und Elektrifizierung der Produktion, sondern heißt zugleich Veränderung der Stellung des Menschen in der Produktion. Die Werktätigen der DDR werden zum Beherrscher der Produktivkraft Wissenschaft, zum Leiter und Beherrscher der sich gesetzmäßig vollziehenden gesellschaftlichen Prozesse.

In der sozialistischen Gesellschaft der DDR ist die Entwicklung der Wissenschaft, die Bildung und Kultur von den Grundsätzen des sozialistischen Humanismus getragen. Sie dienen den Menschen, der Förderung seiner Talente und Fähigkeiten und werden umfassend für die Gestaltung der sozialistischen Gemeinschaft genutzt. So bilden Geist und Macht in der DDR eine feste Einheit.

In seiner Kulturarbeit geht der FDGB deshalb davon aus, daß auch hier die

Bundesrepublik hält den Unfallrekord

Wie aus jetzt veröffentlichten statistischen Angaben hervorgeht, hat sich die Zahl der Arbeitsunfälle im Jahre 1968 beachtlich erhöht. Allein im Bereich der gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden insgesamt 2 084 000 Berufsunfälle und Berufskrankheiten angezeigt. Die Zahl der Arbeitsunfälle im engeren Sinne war um 100 000 gegenüber dem Vorjahr gestiegen, die Zahl der Wegeunfälle sogar um 200 000 und die der angezeigten Berufskrankheiten um 24 000. Von den mehr als 2 Millionen Unfällen und Berufskrankheiten waren 66 800 schwere und mittelschwere Fälle, und 4450 Arbeiter und Angestellte mußten die verschärfte Rationalisierung mit ihrem Leben bezahlen. Nach diesen Angaben ereignete sich alle drei Sekunden ein Arbeitsunfall und alle drei Stunden ein Arbeitsunfall mit tödlichem Ausgang. In der Zahl der Arbeitsunfälle hält die Bundesrepublik einen anklagenden internationalen Rekord.

Arbeiterklasse die führende Kraft sein muß. Es gilt, einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung einer dem Sozialismus eigenen Ku'tur und kulturvollen Lebensweise in allen Bereichen durch die aktive Mitarbeit aller Werktätigen auszuüben. So trägt der FDGB dazu bei, eine solche Kultur entwickeln zu helfen, die im Einklang steht mit dem hohen Niveau der Wissenschaft und Technik, der Bildung und der sozialistischen Demokratie. Besondere Aufmerksamkeit widmen die Gewerkschaften dabei der Entwicklung eines regen geistig-kulturellen Lebens in den Betrieben und der kulturvollen Selbstbetätigung der Werktätigen. Zugleich fördern sie die Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur und führen die Werktätigen an die Schätze der National- und Weltkultur heran.

Mit Hilfe des FDGB entwickelten sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten des Bestehens der DDR neue Formen der kollektiven Zusammenarbeit zwischen den Künstlern sowie zwischen Künstlern und Arbeitern. Vor allem das Zusammenwirken von Berufskünstlern und Volkskunstschaffenden wirkt befruchtend auf die Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur und hilft die sozialistische Menschengemeinschaft zu entwickeln.

Mit Genugtuung und Stolz können wir am 20. Geburtstag der DDR feststellen, daß das Bewußtsein der gemeinsamen humanistischen Verantwortung für die Sicherung des Friedens und den Aufbau des Sozialismus mehr und mehr maßstabsetzendes Motiv des politischen und gesellschaftlichen Verhaltens und Handelns aller Bürger der DDR geworden ist.

Qualifizierung vorrangig

DDR-Gewerkschaften richten sich auf die 70er Jahre ein — II. Theoretische Konferenz

Mehr als 500 Gewerkschaftsfunktionäre aus Großbetrieben und Vorständen sowie aus wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR, dazu Gewerkschaftsdelegationen aus der Sowjetunion, Polen, der CSSR, Ungarn, Bulgarien und der Mongolischen Volksrepublik, aus Frankreich, Finnland und Österreich nahmen in Bernau bei Berlin an der II. Theoretischen Konferenz des FDGB-Bundesvorstandes teil. Die Konferenz in der Hochschule der DDR-Gewerkschaften befaßte sich mit Problemen wissenschaftlicher Führungs- und Organisationsfragen in der sozialistischen Wirtschaft, mit Fragen der Entfaltung demokratischer Masseninitiativen, mit betrieblicher Sozialpolitik, Kultur und Bildung und stellte schließlich das Thema zur Diskussion, in welcher Weise die Existenz eines sozialistischen Systems auf deutschem Boden auf die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik wirkt.

Ohne Propagandaeffekte wurde mit wissenschaftlicher Akribie diskutiert. Junge, aus der Arbeiterschaft emporgewachsene Doktoren und Professoren der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften machten es sich und den Funktionären aus den Betrieben und Gewerkschaftseinheiten nicht leicht, mit prognostisch orientiertem Denken die Weichen in die 70er Jahre zu stellen.

Im Mittelpunkt der Tagung auf gewerkschaftlich-historischem Boden, wo schon während der Weimarer Republik der ADGB seine Funktionäre schulte, standen Referate von Heinz Oehler, Direktor der Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“, und Prof. Dr. Johanna Töpfer, stellvertretende Vorsitzende des FDGB. Zu Wort kamen auch die Vertreter der ausländischen Gewerkschaften, die differenzierte Aspekte ihrer eigenen gewerkschaftlichen Arbeit in die Diskussion brachten. Werner Cieslak, Mitglied des Parteivorstandes der DKP, schilderte die neuen Erscheinungen in der gegenwärtigen Lohnbewegung in der Bundesrepublik, wobei er hervorhob, daß die spontanen Kämpfe der Metall- und Bergarbeiter die Positionen der Gewerkschaften für die Durchsetzung einer aktiven Lohnpolitik entschieden gestärkt hätten.

Direktor Heinz Oehler unterstrich die neue Qualität gewerkschaftlicher Arbeit in der DDR mit dem Hinweis darauf, daß die Verfassung des Arbeiter-und-Bauern-Staates heute den Gewerkschaften die unmittelbare Beteiligung an der Ausübung der Staatsmacht gewährleistet. Das drückt sich nicht nur darin aus, daß der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund seine eigene Vertretung in der Volkskammer besitzt und somit eigene Gesetzesvorschläge einbringen kann, sondern vor allen Dingen auch in der Verpflichtung der Staatsorgane, auf allen Ebenen mit den Gewerkschaften engstens zusammenzuarbeiten, ihre Kritik und Vorschläge zu berücksichtigen.

Der Weg vom „Ich“ zum „Wir“ unter sozialistischen Bedingungen vollziehe sich natürlich keineswegs konfliktlos,

erklärte Oehler. Als Erfolg hob er hervor, daß in der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ heute bereits 125 000 Kollektive mit etwa 2,2 Millionen Werktätigen beteiligt seien, darunter 900 000 Frauen und 320 000 Jugendliche.

Den Aufschwung der sozialistischen Wirtschaft bewies er mit eindringlichen Zahlen: Das 1950 noch auf 27,2 Milliarden DM begrenzte Nationaleinkommen erhöhte sich bis zum vergangenen Jahr auf 98 Milliarden DM. Der Anteil, der für die erweiterte Reproduktion eingesetzt wurde, wuchs im gleichen Zeitraum von 8,5 auf 20,2 Prozent. Der Staat erhöhte die Ausgaben für Bildung und Qualifizierung in dieser Zeit auf das Fünffache. Während 1949 auf 10 000 Köpfe in der DDR 15,1 Hoch- und 8,5 Fachschulstudenten kamen, waren es 1968 bereits 64,5 Hoch- und 82,3 Fachschulstudenten. Die Art und Weise, wie in der DDR die Bildungsprobleme gelöst wurden und reformfreudig für die 70er Jahre noch besser gelöst werden, zwingt inzwischen auch den Experten der Bundesrepublik Hochachtung ab.

Die technisch-wissenschaftliche Revolution, die sich gegenwärtig in der DDR vollziehe, erfordere von den Gewerkschaften eine noch höhere Qualifizierung, hob Direktor Oehler hervor. Die gewerkschaftliche Interessenvertretung umfasse in der DDR alle Phasen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und alle Ebenen der gesellschaftlichen Planung und Leitung. Oehler bedauerte in dem Zusammenhang, wenn eine Übersicht erkennen lasse, daß eine große Anzahl gewerkschaftlicher Leitungen mit dem Verzicht auf eine Stellungnahme zu den Planangeboten ihre verfassungsmäßigen Rechte nur ungenügend wahrnimmt. Sie begäben sich damit der Möglichkeit, auf Fragen der Strukturpolitik, des Konzentrationsprozesses, auf Rationalisierung und Arbeitsproduktivität den notwendigen Einfluß zu nehmen. Diese Kritik macht die Unterschiede in den beiden deutschen Staaten besonders deutlich,

denn hierzulande legen Unternehmer und Staat den größten Wert darauf, Arbeitnehmer und Gewerkschaften davon abzuhalten, auf diese Fragen Einfluß zu nehmen.

Frau Prof. Töpfer ging in ihrem Referat insbesondere auf die Frage ein, in welcher Weise die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zur entscheidenden Voraussetzung für soziale Sicherheit und umfassende Mitbestimmung der Gewerkschaften geworden ist. Erst die Vergesellschaftung der Produktionsmittel habe es in der DDR möglich gemacht,

■ ein modernes einheitliches Bildungssystem einzuführen, während gleichzeitig die Herrschenden in Bonn mit der Lösung dieses Problems nicht fertig würden;

■ das Recht auf Arbeit auch unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu gewährleisten, während in der Bundesrepublik die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes insbesondere ältere Arbeiter und Angestellte bedrücke;

■ den Gewerkschaften im wichtigsten Bereich gewerkschaftlicher Tätigkeit — im Betrieb — wirklich qualifizierte Mitbestimmung einzuräumen, während in der Bundesrepublik aktive gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb auf stärksten Widerstand stoße.

Im Arbeitskreis „Die DDR und die westdeutschen Gewerkschaften“ wurde mit besonderem Interesse ein Diskussionsbeitrag von Dr. Kurt Steinhäus aus der Bundesrepublik aufgenommen, in dem der Wissenschaftler darauf hinwies, daß sich der Einfluß der DDR auf die BRD u. a. im besonderen Investitionsverhalten des Kapitals zeige, das seit 1949 bewußt den Individualkonsum gegenüber dem gesellschaftlichen Konsum bevorzuge, um die Werktätigen an den Kapitalismus zu binden. Die Bourgeoisie werde nun versuchen, die versäumten Investitionen im Bereich der Infrastruktur heute auf Kosten der Arbeiterklasse nachzuholen. Hieraus ergebe sich die politische Bedeutung einer aktiven Lohnpolitik der Gewerkschaften.

Prof. Dr. Petrak stellte im gleichen Zusammenhang die Frage, welche Zugeständnisse das Kapital der Arbeiterklasse noch machen könne, ohne seine Existenz zu gefährden. Es scheine, daß man sich der Grenzlinie nähere, wo die Zugeständnisfähigkeit im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ende. Dies verstärke die Tendenz der Monopolbourgeoisie zum offenen Terror und zum Faschismus. Die gegenwärtigen Mitbestimmungsforderungen, die erstmals nicht im Gefolge eines Weltkriegs erhoben würden, zeigten eine neue Stufe der Labilität des staatsmonopolistischen Systems. Bm.

Sozialrente

Mit dem vom alten Bundestag verabschiedeten dritten Rentenversicherungs-Änderungsgesetz wurde nicht nur — im Unterschied zu den vergangenen Jahren — frühzeitig die nächste jährige Rentenanpassung in Höhe von 6,35 Prozent für die Sozialrenten und 6,1 Prozent für die Unfallrenten beschlossen, bei der abschließenden Lesung des Gesetzes wurde von den Sozialexperten der Koalitionsparteien auch erklärt, daß damit die Finanzierung der dynamischen Rente auf „lange Sicht“ sichergestellt sei. Auf diese „Leistung“ sind die Sozialexperten sehr stolz und es ist nicht zufällig, wenn den Beziehern der 9 Millionen Sozialrenten kurz vor den Wahlen dieses Gesetz präsentiert wurde.

Verzichtet hat der Bundestag allerdings darauf, zu erklären, wer denn diese finanzielle Sicherung der Renten — sofern überhaupt davon gesprochen werden kann — bezahlen muß. Sicher ist, daß der Staat dies nicht tut! Im Gegenteil: die Bundestagsparteien haben dafür gesorgt, daß seit 1965 der Rentenversicherung mehr als 10 Milliarden DM zugunsten der Staatskasse entzogen wurden. Andererseits aber haben sich die Beitragssätze für die Arbeiter und Angestellten kräftig erhöht bzw. werden weiter erhöht, und zwar von 1968 bis 1970 von 14 auf 17 Prozent. Zudem wurde eine weitere Aufstockung auf 18 Prozent für den 1. Januar 1973 beschlossen. Zusätzlich wurde die Angestelltenversicherung verpflichtet, an die Rentenversicherung der Arbeiter einen Ausgleich zu zahlen.

Der Bundestag hat aber auch deutlich gemacht, daß die in Bonn vertretenen Parteien an wesentliche Verbesserungen der Leistungen in der Rentenversicherung nicht denken, obwohl dies der 8. Bundeskongreß des DGB wieder gefordert hat. Dabei erreichen die Renten nach einem erfüllten Arbeitsleben im Durchschnitt bei weitem nicht 60 Prozent des Arbeitsverdienstes, wie es schon 1967 den Arbeitern und Angestellten zugesagt wurde — ganz zu schweigen von der Forderung im Aktionsprogramm des DGB, das 75 Prozent als Norm aufstellt.

Von einer tatsächlichen Sicherheit für die Finanzierung der Renten kann aber so lange nicht die Rede sein, wie die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft in der Bundesrepublik bleibt.

Die wirtschaftliche Labilität der Bundesrepublik ist aber trotz der gegenwärtigen Hochkonjunktur nicht aufgehoben, fast alle Fachleute sind sich darüber einig: die nächste Wirtschaftskrise kommt bestimmt.

-le

Vorschläge für DGB-Satzung

Ende Oktober erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH ein Sonderdruck mit Vorschlägen zur Diskussion für die neue DGB-Satzung. Die Abonnenten der Zeitschrift „NACHRICHTEN“ erhalten diesen Sonderdruck als Beilage in der Novemberausgabe.

Gegenwärtig werden in den meisten Gewerkschaften Vorschläge für eine neue DGB-Satzung diskutiert. Entsprechend einem Beschluß des 8. Ordentlichen DGB-Kongresses in München sind die 16 Gewerkschaften vom DGB aufgerufen, bis zum 31. Dezember 1969 einer inzwischen gebildeten Kommission Anträge für eine neue DGB-Satzung und für die Organisationspolitik des DGB einzureichen. Zusammen mit den bereits zum 8. DGB-Kongreß gestellten Anträgen wird die Kommission daraus einen neuen Satzungsentwurf erarbeiten.

Das Ergebnis der Arbeit der Kommission soll bis zum 1. 10. 1970 der Mitgliedschaft zur Diskussion unterbreitet werden, damit im Jahre 1971 auf einem außerordentlichen DGB-Kongreß eine neue DGB-Satzung sowie Organisationsrichtlinien verabschiedet werden können.

Eine neue DGB-Satzung entspricht nur dann den Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, wenn sie mit hilft, die Gewerkschaften zu stärken und die innergewerkschaftliche Demokratie auszubauen. Nur kampfstärke Industriegewerkschaften und Gewerkschaften sind in der Lage die im DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramm festgelegten Aufgaben und Ziele zu verwirklichen.

NACHRICHTEN haben Anträge, Vorschläge und Empfehlungen für die neue Satzung und für Organisationsrichtlinien, die in den einzelnen Organen des DGB und der einzelnen Gewerkschaften erarbeitet wurden, gesammelt und veröffentlicht vor allem jene Empfehlungen und Anträge, die den Arbeitnehmerinteressen entsprechen. Zu der in vollem Wortlaut abgedruckten, jetzt gültigen Satzung, werden für einzelne Paragraphen Vorschläge mit Begründung und außerdem Anträge zur Organisationspolitik wiedergegeben.

Der 12-16seitige Sonderdruck kostet 0,60 DM, bei Abnahme von 100 und mehr Exemplaren 0,50 DM. Wegen der Festlegung der endgültigen Auflagenhöhe bitten wir Bestellungen umgehend zu richten an: Nachrichten-Verlags-GmbH, 6 Frankfurt/Main, Friedberger Landstraße 307, Telefon (06 11) 54 97 96.

Rentenalter 60

Der neugewählte stellvertretende DGB-Vorsitzende, Gerd Muhr, im DGB-Bundesvorstand verantwortlich für Sozialpolitik, hat als ersten Schritt zur stufenweisen Herabsetzung der Altersgrenze in der Rentenversicherung vorgeschlagen, die Arbeitnehmer selbst entscheiden zu lassen, ob sie mit 60 Jahren ihre Altersrente beziehen oder bis zum 65. Jahr weiterarbeiten wollen. Dabei geht der DGB von der Feststellung aus, daß die Arbeitnehmer im fortgeschrittenen Lebensalter unterschiedliche Leistungsfähigkeitsgrade aufweisen. Voraussetzung soll allerdings sein, daß wer mit 60 Jahren Altersruhegeld beziehen will, abgesehen von geringfügigen Zusatzeinkommen, keiner regelmäßigen Beschäftigung nachgehen darf.

Im Aktionsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird die Herabsetzung der Altersgrenze für alle Arbeitnehmer auf 60 Jahre gefordert. Ferner soll das Altersruhegeld, vergleichbar mit der Altersversorgung der Beamten, 75 Prozent des letzten Verdienstes erreichen können. Der 8. DGB-Kongreß hatte diese Forderungen noch einmal bekräftigt. Offenbar will der DGB nun mit größerem Nachdruck die Verwirklichung dieser Forderungen betreiben.

Der DGB rechnet damit, daß bei der zunächst angestrebten Wahlfreiheit ein Drittel der Arbeitnehmer das Altersruhegeld vorzeitig beantragen wird. Das ergibt nach den Berechnungen, die vom DGB angestellt wurden, eine zusätzliche Belastung von 3 bis 3,5 Milliarden DM im Jahre 1971, ausgegangen von einer über den offiziellen Schätzungen liegenden Einnahmenerwartung auf Grund der Lohnentwicklung von 1969 bis 1970. Außerdem fordert der DGB eine Erhöhung der Bundeszuschüsse sowie die Übernahme der Finanzierung von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten und von Rehabilitationsmaßnahmen durch die Unternehmer.

Wie berechtigt die Forderung der Gewerkschaften auf Angleichung der Altersrenten an die Altersversorgung der Beamten ist, die nach 35 Dienstjahren 75 Prozent ihrer Dienstbezüge als Ruhegehalt bekommen, macht die Tatsache deutlich, daß die Altersrenten für Arbeiter und Angestellte im Schnitt noch nicht einmal 50 Prozent des letzten Einkommens betragen.

Mit Bedacht hat der DGB-Bundesvorstand seine Forderungen so zeitig der Öffentlichkeit unterbreitet, daß sie in die Koalitionsabsprachen der künftigen Bundesregierung einbezogen werden können. Die aller Voraussicht nach zustandekommende SPD-FDP-Regierung wird von den Gewerkschaften daran gemessen werden müssen, wie weit sie sich diesen gewerkschaftlichen Forderungen aufgeschlossen zeigt.

■ 17.—31. Oktober

7. Kongreß des Weltgewerkschaftsbundes in Budapest

■ 22.—25. Oktober

Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier zur Regelung des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens in Koblenz

■ 2.—8. November

8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Dortmund

■ 25.—27. November

Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Braunschweig

■ 4.—6. Dezember

Europäische Automobilarbeiterkonferenz des Internationalen Metallarbeiterbundes in Frankreich

■ 31. Dezember

Tarifverträge im Steinkohlenbergbau laufen ab

Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik

Die von Herausgeber und Redaktion der NACHRICHTEN einberufene wissenschaftliche Tagung zum Thema „Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik“ findet am 6. und 7. Dezember 1969 im Gemeinschaftshaus Nürnberg-Langwasser statt. Die machtvollen Streiks in den letzten Wochen und die Diskussion im DGB über eine Organisationsreform unterstreichen die Notwendigkeit, die aktuelle Bedeutung der Lehre Lenins über die Gewerkschaften zu diskutieren.

Die Tagesordnung lautet:

I. Eröffnung und Begrüßung durch Heinz Seeger, Herausgeber der NACHRICHTEN.

II. Einleitungsreferate:

1. Lenin über die Aufgaben der Gewerkschaften im internationalen Klassenkampf des Proletariats. Referent: Sowjetischer Wissenschaftler.

2. Standort der Gewerkschaften in der Bundesrepublik im Kampf um grundlegende Veränderungen. Referent: Josef Ledwohn, Herausgeber der NACHRICHTEN.

3. Die Rolle der Gewerkschaften in der sozialistischen Gesellschaft der DDR.

Referent: Prof. Dr. Johanna Töpfer, Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundesvorstandes des FDGB.

III. Diskussion im Plenum der Tagung

IV. Diskussion in drei Arbeitskreisen:

1. **Standortbestimmung der Gewerkschaften** — Gewerkschaften als demokratische Potenz — internationale Gewerkschaftsprobleme.

2. **Veränderungen der bestehenden Machtstrukturen** — Konzentration in der Wirtschaft — Mitbestimmung — Überführung in Gemeineigentum — demokratische Planung.

3. **Lohnpolitik und soziale Sicherheit** — technische Revolution — Strukturveränderungen — Bildung.

V. Berichterstattung aus den Arbeitskreisen im Plenum und Schlußbemerkungen der Referenten.

Die Veranstaltung beginnt am 6. Dezember 1969, 10.00 Uhr, und endet am 7. Dezember gegen 15.30 Uhr. Alle interessierten Gewerkschafter, Wissenschaftler und Publizisten werden gebeten, sich für die Teilnahme an dieser Veranstaltung schriftlich anzumelden. Sie erhalten neben der Anmeldekarte die Thesen zu den Einführungreferaten zugestellt.

Anmeldungen und Anfragen bitte richten an: Redaktion NACHRICHTEN, 6 Frankfurt/Main, Friedberger Landstraße 307, Tel. (06 11) 54 97 96.

Keine Untergrabung der Krankenversicherung

In einem Interview hat der Geschäftsführer der Ersatzkassenverbände, Vesper, erklärt, die Ersatzkassenverbände erwarteten, daß der neue Bundestag unmittelbar nach seiner Konstituierung grundsätzliche Fragen der künftigen Gestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung behandelt und entscheidet. Die Verbände forderten eine Anhebung der nur noch für Angestellte geltenden Versicherungspflichtgrenze sowie die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung entsprechend der Höhe in der Rentenversicherung.

So weit so gut. Höchst bedenklich aber ist der von den Ersatzkassenverbänden gemachte Vorschlag, Versicherten auf eigenen Wunsch die Möglichkeit zu geben, bei Zahlung eines besonderen Beitrages das Kostenerstattungsprinzip anstelle der Sachleistungen zu wählen. Es soll sich dabei um einen „Modellversuch“ handeln.

Dazu kann man nur sagen: Wehret den Anfängen! Dem Kostenerstattungs-system, wie es in der privaten Kran-

kenversicherung üblich ist, wurde bisher nur von der CDU/CSU, den Unternehmensverbänden und der privaten Versicherungswirtschaft das Wort geredet.

In eigener Sache

Wir bitten alle Bezieher von NACHRICHTEN, die in den letzten Monaten aufgrund drucktechnischer Mängel Grund zu Beanstandungen hatten, um Nachsicht. Wir sind überzeugt, daß mit dem nunmehr vollzogenen Wechsel der Druckerei auch die Druckqualität wieder hohen Ansprüchen genügt. Dieses Oktober-Heft ist die erste in der Druckerei Plambeck & Co., Neumünster, gedruckte Nummer.

D. Red.

Zu guter Letzt:

Im Jahre 1949, gleich nach der Gründung der DDR, prophezeiten die „Ruhr-Nachrichten“, diese „sogenannte DDR, deren wirtschaftliche Existenz nur auf Ruinenfledderei basiert, wird das Jahr 1950 kaum er-geschweige-

denn überleben“. Und der Westberliner „Tagesspiegel“ stellte zur gleichen Zeit fest: „Die Agonie der Zone hat begonnen. Bald wird der Tod eintreten“.

20 Jahre später konnte die DDR — nun unter den Industrienationen der Welt an 10. Stelle — ein glanzvolles Jubiläum feiern.

nachrichten

Die NACHRICHTEN — Informationen und Kommentare zur Wirtschafts- und Sozialpolitik — erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH.

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Fr'hafen. Redaktionskollegium: Dr. Werner Petschik, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307; Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9; Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307; Telefon 54 97 96; Konto-Nr. 58 029 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/M.; Postscheckkonto (bis auf weiteres): Heinz Seeger, Stuttgart 960 19. Einzelpreis 0,75 DM; vierteljährlich 2,25 DM, jährlich 9,— DM plus Zustellgebühr (1,80 DM). Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet. Druck: Plambeck & Co. Neumünster